Lawrence D. Stokes
Sozialdemokratie contra Nationalsozialismus in Eutin 1925–1933

Schleswig-Holstein heute

Für die deutsche Sozialdemokratie stellte der Aufstieg des Nationalsozialismus, der am 30. Januar 1933 in der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler gipfelte, ein überaus traumatisches geschichtliches Erlebnis dar, *„die größte politische Tragödie Deutschlands seit der Religionsspaltung zu Ende des Mittelalters"* – so schrieb der in Nazi-Gewahrsam befindliche Lübecker Zeitungsredakteur und Reichstagsabgeordnete Julius Leber.[1] Als die älteste kontinuierliche politische Bewegung des Vaterlandes und stolzer Sieger über Bismarcks Sozialistengesetze; als stärkste Partei im Reichstag von 1912 bis Juli 1932 und gestützt auf eine imponierende Struktur von zahlreichen Neben- und Hilfsorganisationen der Arbeiterklasse; und als offensichtlicher Hauptgewinner aus der Revolution von 1918/19 hervorgegangen sowie als unentbehrlicher Bestandteil vieler Kabinette der Weimarer Republik im Reich und in den Ländern, schien die SPD ein unüberwindliches Hindernis zum etwaigen Triumph des Faschismus in Deutschland zu bilden. Nichtsdestotrotz überflügelte die NSDAP innerhalb von nur drei turbulenten Jahren bei nationalen und auch manchen regionalen Wahlen die Sozialdemokratie und drängte sie ebenfalls von ihrer bisherigen Vormachtstellung bei der wirksamen Mobilisierung außerparlamentarischer Kräfte zurück. Als schließlich die Hitlerbewegung, einmal an die Macht gelangt, daranging, die SPD und die zuletzt nicht mehr mit ihr eng verbündeten Freien Gewerkschaften ganz zu zerschlagen, waren deren Führung und treue Anhängerschaft zugleich schockiert und verwirrt.

Die Untersuchung der Gründe für den raschen und totalen Zusammenbruch von Mitteleuropas scheinbar lebensfähigster Verkörperung des demokratischen Sozialismus begann jedoch sofort und nirgendwo eingehender als unter einigen verhältnismäßig jüngeren Vertretern der SPD selber. Obwohl ihre stellenweise verbitterten Analysen der allzu zahlreichen Schwächen und des Versagens ihrer Partei erst nach dem zweiten Weltkrieg ans Tageslicht kamen, verurteilten schon 1933 und kurz danach Leber und sein Parlamentskollege Wilhelm Hoegner, der spätere bayerische Ministerpräsident, die ideologische Sturheit, Fantasielosigkeit und Ängstlichkeit der Sozialdemokratie angesichts der vorstürmenden NSDAP.[2] Sie behaupteten, daß ein bedeutender Anteil an Mitgliedern vor allem der Selbstschutzformationen des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold" sowie der 1932 ausdrücklich zum *„Kampf gegen den Nationalsozialismus für die Rettung der demokratischen Republik"* gegründeten und aus aktiven Sozialdemokraten, Gewerkschaftlern und Arbeitersportlern zusammengesetzten „Eisernen Front" vergeblich auf das Signal ihrer entscheidungsscheuen Führer wartete, um auf die Feinde in den Reihen der Nazi-SA mit Gewalt zurückzuschlagen.[3]

Spätere Historiker haben im großen und ganzen dieses Bild der Lethargie, Unentschlossenheit und Selbsttäuschung speziell innerhalb der oberen Ränge der SPD, die angeblich die noch ungebrochene Widerstandsbereitschaft des Kerns der Parteianhänger gelähmt hätten, bestätigt. Wolfram Wette etwa

[1] Siehe „Gedanken zum Verbot der deutschen Sozialdemokratie Juni 1933", in: Ein Mann geht seinen Weg. Schriften, Reden und Briefe von Julius Leber, herausgegeben von seinen Freunden, Berlin-Schöneberg und Frankfurt/Main 1952, S. 188.

[2] Ebenda; und Wilhelm Hoegner, Flucht vor Hitler. Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik 1933, Frankfurt/Main 1977. Lebers Aufsatz unterschätzt sowohl seine frühere Zurückhaltung bei der Kritik sozialdemokratischer Politik als auch seine Bereitschaft, Anfang 1933 die Bemühungen der Hitlerregierung um die wirtschaftliche Genesung Deutschlands zu tolerieren; der vier Jahre ältere Hoegner (Jahrgang 1887) schrieb seine Memoiren 1937 im österreichischen und schweizerischen Exil. Vgl. Dorothea Beck, Julius Leber, Sozialdemokrat zwischen Reform und Widerstand, Berlin 1983, S. 55–57, 148–149; und Peter Kritzer, Wilhelm Hoegner. Politische Biographie eines bayerischen Sozialdemokraten, München 1979.

[3] Zur „Eisernen Front": Karl Rohe, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold, Düsseldorf 1966, S. 392ff.

schreibt, daß die Sozialdemokratie erst nach dem überraschenden Wahlsieg der Nationalsozialisten am 14. September 1930 die ernsthafte Gefahr des Faschismus voll erkannte; dennoch habe der eingefleischte Pazifismus und Legalismus der deutschen Arbeiterbewegung ihre Führung daran gehindert, die NSDAP tatkräftig herauszufordern, wie das Versäumnis, sich der Amtsübernahme Hitlers überhaupt zu widersetzen, für alle Welt auch deutlich machte.[4]

Allein ein Zusammengehen der beiden Linksparteien mit den Gewerkschaften hätte womöglich die Katastrophe verhindert. Aber die SPD fürchtete die kommunistische Unterwanderung ihres Organisationsgefüges noch mehr und lehnte deshalb alle Sondierungen um ein proletarisches Bündnis in der Krise ab; die KPD wollte eher den „Sozialfaschismus" bekämpfen und durch die Eingliederung von Sozialdemokraten die „Einheitsfront von unten" erreichen; und die Gewerkschaften starrten auf die Millionen von Arbeitslosen und erklärten sich deswegen außerstande, in den Gang der politischen Geschehnisse bestimmend einzugreifen, wie sie es zur Zeit des Kapp-Putsches vorexerziert hatten.[5] In der Immobilität, Kurzsichtigkeit und dem Fatalismus, die sie immer wieder zur Schau trug – beispielsweise bei ihrem fast nur passiven Hinnehmen der verfassungswidrigen Entmachtung des von ihr mitgetragenen preußischen Kabinetts durch die Regierung von Papens am 20. Juli 1932 – liegt die historische Verantwortung der Sozialdemokratie für den Untergang der Weimarer Republik und die darauffolgende Eroberung Deutschlands, sowie letztendlich ganz Europas, durch den Nationalsozialismus.[6]

Zweck dieses Aufsatzes (ein Teil der vom Verfasser jetzt in Vorbereitung befindlichen Geschichte der Eutiner Arbeiterbewegung zwischen den Weltkriegen) ist es, die Erfahrung des dortigen Ortsvereins der SPD bei seiner Auseinandersetzung mit der Partei Hitlers mit dem oben skizzierten Verhaltensmuster der Gesamtsozialdemokratie zu vergleichen, um Übereinstimmungen, aber auch Abweichungen davon festzustellen. Es wird gezeigt, daß ihre Anhänger in Eutin – obwohl sie sehr früh die politischen Entfaltungsabsichten der NSDAP zu blockieren suchten – auch deren völlige Gefährlichkeit erstmals mit dem Ausgang der drei Wahlen zum Reichstag, zum Stadtrat und zum Landesausschuß (= Kreistag) vom Herbst 1930 begriffen. Bereits während dieser Wahlkämpfe entschloß sich aber die örtliche Leitung des Reichsbanners, die fest in sozialdemokratischen Händen lag, den aggressiven Taktiken der Nationalsozialisten ihrerseits mit Gewalt zu begegnen. Diese Zuflucht zu Tätlichkeiten stellte die SPD vor schwerwiegende Probleme in der mehrheitlich nicht sozialdemokratisch gesonnenen Kleinstadt. Sowohl die öffentliche Meinung, wie sie in der Lokalpresse zum Ausdruck kam, als auch die Einstellung des städtischen Beamtentums (Bürgermeister, Polizei) wandte sich zusehends gegen die organisierte Arbeiterschaft.

Den endgültigen Wendepunkt für die Sozialdemokratie Eutins, vergleichbar in ihren fatalen Auswirkungen mit dem Preußenschlag vom Juli 1932 für die Partei als ganze,[7] bildete die

[4] Wolfram Wette, „Mit dem Stimmzettel gegen den Faschismus? Das Dilemma des sozialdemokratischen Antifaschismus in der Endphase der Weimarer Republik", in: Wolfgang Huber und Johannes Schwerdtfeger (Hrsg.), Frieden, Gewalt, Sozialismus. Studien zur Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung, Stuttgart 1976, S. 358–403. Ähnlich argumentieren Horst Lademacher, „Gewalt der Legalität oder Legalität der Gewalt. Zur Theorie und Politik der SPD von Kiel (1927) bis Prag (1934)", in: ebenda, S. 404–460; Erich Matthias, „Die sozialdemokratische Partei Deutschlands", in: derselbe und Rudolf Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 99–278; Hans Mommsen, „Die Sozialdemokratie in der Defensive. Der Immobilismus der SPD und der Aufstieg des Nationalsozialismus", in: derselbe (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Frankfurt/Main 1974, S. 106–133; und Hagen Schulze, „Die SPD und der Staat von Weimar", in: Michael Stürmer (Hrsg.), Die Weimarer Republik, Königstein/Ts. 1980, S. 272–286.

[5] Andreas Dorpalen, "SPD und KPD in der Endphase der Weimarer Republik", in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 31 (1983), S. 77–107. Auch kritisch zur Rolle der Gewerkschaften bzw. der KPD: Michael Schneider, „Tolerierung – Opposition – Auflösung. Die Stellung des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes zu den Regierungen Brüning bis Hitler", in: Wolfgang Luthardt (Hrsg.), Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung, Frankfurt/Main 1978, Bd. I, Kapitel 3; Hans Mommsen, „Die deutschen Gewerkschaften zwischen Anpassung und Widerstand 1930–1944", in: derselbe (Hrsg.), Arbeiterbewegung und Nationale Frage, Göttingen 1979, S. 366–383; Henryk Skrzypczak, „Das Ende der Gewerkschaften", in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Die nationalsozialistische Machtergreifung, Paderborn 1984, S. 97–110; Hermann Weber, „Die KPD im Kampf gegen SPD und NSDAP", in: ebenda, S. 85–96; und Siegfried Bahne, „Die Kommunistische Partei Deutschlands", in: Matthias und Morsey (Hrsg.), Ende der Parteien, S. 653–739.

[6] Freilich teilen nicht alle Historiker diese überwiegend negative Beurteilung sozialdemokratischer Politik, sondern betonen eher die in der Tat engen Grenzen ihrer Wirkungsmöglichkeiten während der Endphase von Weimar; siehe Helga Grebing, „Auseinandersetzung mit dem Nationalso-

Tötung eines SS-Mannes am 9. November 1931 im Verlauf einer Straßenschlacht mit Reichsbannermitgliedern. Dieses ihr allein zugeschriebene blutige Ereignis machte die SPD in weiten Kreisen der Bevölkerung zu einer Drohung für die Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung, statt, wie in ihrer eigenen Einschätzung, zum Hauptverteidiger der republikanischen Verfassung. Die Eutiner Sozialdemokraten konnten den hier klaffenden Widerspruch, der mit einer stetigen Steigerung des gegen sie gerichteten NS-Terrors noch vertieft wurde, weder psychologisch noch politisch meistern. Ohne nennenswerten katholischen oder kommunistischen Beistand, wie sie es anderswo vielleicht erwarten durfte, lediglich mit einer in ihrem Selbstvertrauen ebenfalls erschütterten Gewerkschaftsbewegung liiert, konnte die SPD eine vorzeitige Machtübernahme der NSDAP in der Stadt im Sommer 1932 nicht verhindern.

Auf ihre Stammwählerschaft reduziert, profitierte die Sozialdemokratie keineswegs von der eklatanten Regierungsunfähigkeit der Eutiner Nationalsozialisten. Schon lange bevor sie formell verbannt wurde, zählte die SPD als wesentliches Element im politischen Leben der Stadt kaum mehr; schließlich löste sie sich selber praktisch auf. Trotzdem sperrte man zeitweilig ihre exponiertesten Führer in dem örtlichen Konzentrationslager ein, während ihre Mitglieder weniger harte Verfolgungsmaßnahmen erdulden mußten. Nur sehr vereinzelt verrieten sie die Partei.

Einleitend soll der sozialökonomische und politische Rahmen Eutins in der Zeit nach 1918 kurz dargestellt werden.[8] Damals umfaßte die Stadt nur 6250 Einwohner (1933: 7230), die bis auf etwa 135 katholische Wähler und jeweils eine Handvoll von Angehörigen kleinerer Religionsgesellschaften sowie Juden sämtlich zumindest nominelle Mitglieder der Evangelisch-lutherischen Landeskirche von Eutin waren. Das Kleinbürgertum überwog; höchstens ein Viertel aller Berufstätigen waren Arbeiter (reichsweit: 50 %), die hauptsächlich in mittelständischen Betrieben eine Beschäftigung fanden. Lediglich eine Fabrik, mit einer Belegschaft von rund 100 Arbeitskräften, hatte sich in Eutin niedergelassen. Ansonsten fungierten Banken, Schulen (1500 Lernende besuchten die verschiedenen Anstalten der Stadt) und die Verwaltungsbehörden als die einzigen größeren Arbeitgeber. Staatsrechtlich bildete Eutin mit einem umliegenden Agrargebiet von insgesamt 540 Quadratkilometern und einer Bevölkerung von unter 50 000 Personen den sogenannten „Landesteil Lübeck" des Freistaats Oldenburg, bis er 1937 in die angrenzende preußische Provinz Schleswig-Holstein einverleibt wurde.

In diesem beinahe vorindustriellen Beamten-, Rentner-, Schul- und Residenzstädtchen, Mittelpunkt eines weitgehend selbständigen Überbleibsels der Kleinstaaterei des 18. Jahrhunderts (nicht zufällig die kulturelle Blütezeit von Eutin),[9] blickte die Sozialdemokratie auf eine bis zum Vorabend der Reichsgründung durch Bismarck zurückreichende Geschichte. Daß diese während des Kaiserreiches recht erfolgversprechend

zialismus", in: Luthardt (Hrsg.), Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, Bd. II, Kapitel 11; Klaus Schönhoven, „Der demokratische Sozialismus im Dilemma. Die Sozialdemokratie und der Untergang der Weimarer Republik", in: Michalka (Hrsg.), Machtergreifung, S. 74–84; und zusammenfassend Richard Breitman, German Socialism and Weimar Democracy, Chapel Hill/USA 1981, S. 188, 194: „... es dürfte schwer fallen, eine politische Partei zu nennen, die für die zahllosen Fehler der Weimarer Republik weniger verantwortlich gewesen wäre als die SPD."

[7] Hierzu übereinstimmend: Leber, „Gedanken", S. 190–191, 242–243; Hoegner, Flucht, S. 23–25; Matthias, „Sozialdemokratische Partei", S. 127–145, 225–226; Rohe, Reichsbanner, S. 426–437; Mommsen, „Sozialdemokratie in der Defensive", S. 107–108; Wette, „Stimmzettel gegen den Faschismus?", S. 389–396; und Hagen Schulze (Hrsg.), Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstands der deutschen Sozialdemokratie 1932/33, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. XVI–XVIII, 3–14, 18, 31, 133.

[8] Siehe Lawrence D. Stokes, Kleinstadt und Nationalsozialismus. Ausgewählte Dokumente zur Geschichte von Eutin 1918–1945, Neumünster 1984, S. 15 ff., 23 (Tabelle 1), 579, 679, 697, 717, 758; auch Statistisches Landesamt (Hrsg.), Ortschaftsverzeichnis des Freistaats Oldenburg, Oldenburg i. O. 1926, S. 8–9; Gustav Peters, Geschichte von Eutin, Neumünster 1958; und Ernst-Günther Prühs, Das Ostholstein-Buch. Eine Landeskunde in Text und Bild, Neumünster 1972.

[9] Walther Schücking, Das Staatsrecht des Großherzogtums Oldenburg, Tübingen 1911; und Brigitte Schubert-Riese, Das literarische Leben in Eutin im 18. Jahrhundert, Neumünster 1975.

verlief, trotz der für die SPD scheinbar widrigen wirtschaftlichen Gegebenheiten Eutins sowie der im ehemaligen Großherzogtum Oldenburg ab 1854 vierzig Jahre dauernden Sozialistenunterdrückung, verdankte der 1894 fest etablierte „Sozialdemokratische Verein Eutin" einem Umstand, der auch in der Weimarer Republik das Schicksal der Partei wesentlich bestimmte: Nämlich der Fähigkeit, außerhalb der Arbeiterschicht andere Gesellschaftsgruppen an sich zu ziehen.[10]

Zwar gewann die SPD kein Reichstagsmandat, und die zwei Vorkriegsvertreter der Partei im Stadtrat gelangten dorthin über eine bürgerliche Liste. Aber 1911 erhielten Sozialdemokraten bei den in Oldenburg erstmalig direkten und geheimen Landtagswahlen drei der vier Sitze aus dem „Fürstentum" (nach 1918: Landesteil) Lübeck. Fast 45 % der 1912 abgegebenen Stimmen in Eutin bei der letzten Wahl zum Reichstag vor der Revolution verbuchte die SPD. Freilich rief das zeitweilige Bündnis der Fortschrittlichen Volkspartei (Linksliberalen) mit der *„vaterlandsfeindlichen und internationalen Sozialdemokratie"* auch ihren „entschiedenen Gegner", den Bürger-Verein, auf den Plan, um die Unterstützung aller „nationaldenkenden" Wähler für die Kandidaten der Rechten sicherzustellen.[11] Hiermit zeichnete sich dieselbe Frontstellung ab, die für die neue Demokratie von Weimar zum Verhängnis werden sollte.

Der Verlauf der Revolution von 1918/19 setzte Sozialdemokraten, die den städtischen Arbeiter- und Soldatenrat bis zu seiner erzwungenen Auflösung im Oktober 1919 vollkommen beherrschten, in wichtigen politischen Ämtern ein: bis April 1933 saßen nie weniger als fünf Sozialdemokraten unter den 15 Mitgliedern des Stadtrats. Dennoch erschreckte die Machtausübung des Arbeiterrats sowie die während des Kapp-Putsches demonstrierte Stärke der sozialistischen Gewerkschaften den Landesbehörden gegenüber weite Kreise des Bürgertums.[12] Es begann danach ein steiles Absinken des Anteils der SPD an den Wählerstimmen von dem Höhepunkt 1919 (23. Februar, Wahlen zur verfassungsgebenden oldenburgischen Landesversammlung: 40,18 % der gültig abgegebenen Stimmen) bis zur Reichstagswahl am 4. Mai 1924 (21 %), eine Widerspiegelung der Ergebnisse der Partei auf Reichsebene.[13] Allerdings, wenn man die Proportionen der SPD-Stimmen statt dessen an der Zahl der gesamten Wahlberechtigten mißt, fielen die Werte bedeutend niedriger aus (zwischen 31,7 % und 16,9 %); im Durchschnitt konnte die Eutiner Sozialdemokratie bis 1925 kaum ein Viertel der potentiellen Wählerschaft der Stadt für sich mobilisieren.

Sicherlich nicht zuletzt, um aus diesem Gettodasein herauszubrechen, fand 1925/26 in der örtlichen Parteileitung nicht nur ein Generationswechsel statt (30- und 40-jährige übernahmen die Führung von älteren Jahrgängen), sondern auch besser ausgebildete Angestellte, die ausgesprochen bürgerlich in ihrem Lebensstil und Habitus waren, lösten Handwerker und ungelernte Arbeiter als tonangebende Funktionäre ab. Die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder verdoppelte sich bis 1928, ebenfalls der Frauenanteil, und Nichtarbeiter machten

[10] Siehe Lawrence D. Stokes, „Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Eutin während der Weimarer Republik", in: Rainer Paetau und Holger Rüdel (Hrsg.), Freiheit, Demokratie und Sozialismus. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein im 19. und 20. Jahrhundert, Neumünster 1987; auch Holger Rüdel, Landarbeiter und Sozialdemokratie in Ostholstein 1872 bis 1878, Neumünster 1986, S. 157, 180, 183, 210, 233, 243 f., 253, 261, 272 ff., 524. Der Verfasser verdankt wichtige Hinweise über die Vorkriegsentwicklung der Eutiner Sozialdemokratie Herrn Klaus Franck, früher SPD-Stadtvertreter und Ratsherr.

[11] Ernst Schütt, „Die Oldenburger Landtagswahlen 1911", in: Jahrbuch für Heimatkunde Eutin, 4 (1970), S. 43.

[12] Stokes, „Arbeiterbewegung", Abschnitt 3; und derselbe, „Der Kapp-Putsch von 1920 in Eutin", in: Die Heimat, 86 (1979), S. 231–240.

[13] Siehe Stokes, Kleinstadt, S. 24–28 (Tabelle 2–6); auch Dietmar Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust (Hrsg.), Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914–1945, München 1978, S. 174 (Tabelle 41).

nunmehr schätzungsweise über 20 % des Ortsvereins aus.

Dieser Prozeß der „Verbürgerlichung", der gleichzeitig in der Gesamtpartei zu beobachten war,[14] bedeutete, daß in den folgenden Jahren des Aufstiegs der NSDAP diese mit der SPD um dieselben Wählerschichten – also: Beamte und Lehrer, kleine Geschäftsleute, Bank- und sonstige Angestellte, sowie ihre Ehefrauen – konkurrieren mußte. Solange die ökonomische Lage Deutschlands und speziell des Landesteils Lübeck günstig blieb (d. h. bis 1928), schnitt die Sozialdemokratie bei diesem Wettbewerb immer gut ab, wie die folgende Tabelle verdeutlicht; aber der Mittelstand wurde auch zu einem bevorzugten Objekt nationalsozialistischer Propaganda, vor allem in den Kleinstädten und ländlichen Gebieten Schleswig-Holsteins,[15] eine Agitation, die mit dem Anfang der sich schnell ausbreitenden Agrarkrise bald Früchte trug. Die Stammwählerschaft der SPD von rund 1100–1150 Eutinern, die ungefähr der Größe der in der Stadt gewerkschaftlich Organisierten entsprach,[16] blieb der Partei treu (zwischen 1928 und 1932 gingen ihr nur 200 Wechselstimmen verloren; aber in demselben Zeitraum stieg die Beteiligung an den Wahlen von 83 % auf über 94 %, also um fast 1000 Personen, wovon die Sozialdemokratie überhaupt nicht profitierte. Ihre Opposition gegen den Nationalsozialismus spielte sich vor dem Hintergrund dieses Wettbewerbs um die Mehrheit des Wahlvolks Eutins ab, ein Kampf, den die SPD spätestens 1929/30 nicht mehr gewinnen konnte. Das bedeutete jedoch keinesfalls, daß sie sich zumindest bis Ende 1931 der NSDAP nicht standhaft widersetzte.

Tabelle: Abstimmungsergebnisse von SPD und NSDAP in Eutin, 1926–1933[17]

	SPD		NSDAP		Beteiligung	
Wahlen	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
20. 06. 1926: Volksentscheid[a]	1243	29,23				
06. 11. 1927: Stadtrat	1379	39,56			3486	81,35
20. 11. 1927: Landesausschuß	1371	40,22			3409	79,56
20. 05. 1928: Reichstag	1356	36,60	151	4,08	3705	83,07
20. 05. 1928: Landtag	1062	28,23	220	6,18	3562	80,55
22. 12. 1929: Volksentscheid[c]			1523	33,78		
14. 09. 1930: Reichstag:	1242	29,81	1637	39,29	4166	92,41
23. 11. 1930: Stadtrat	1100	31,10	1594	45,07	3537	79,30
30. 11. 1930: Landesausschuß	1123	30,70	1906	52,10	3658	83,65
17. 05. 1931: Landtag	1062	28,23	1785	47,45	3762	81,33
13. 03. 1932: Reichspräsident	1796	41,13[b]	2057	47,10	4367	92,46
10. 04. 1932: Reichspräsident	1894	44,48[b]	2324	54,58[d]	4258	94,97
29. 05. 1932: Landtag	1021	26,43	2182	56,48	3862	84,17
31. 07. 1932: Reichstag	1127	25,94	2215	51,00	4343	92,60
06. 11. 1932: Reichstag	1144	26,80	1863	43,65	4268	90,55
05. 03. 1933: Reichstag	1024	23,08	2213	49,89	4441	93,57

a) „Enteignung der Fürstenvermögen", zusammen mit Wählern der KPD
b) Paul von Hindenburg, zusammen mit Wählern des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Staatspartei
c) „Freiheitsgesetz" gegen den Youngplan, zusammen mit Wählern der Deutschnationalen Volkspartei
d) Adolf Hitler; es wurde deutschnationalen Wählern von ihren Führern freigestellt, ihm oder Hindenburg ihre Stimme zu geben

[14] Stokes, „Arbeiterbewegung", Abschnitt 4; und Heinrich A. Winkler, Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, Bd. II: Der Schein der Normalität 1924–1930, Berlin und Bonn 1985, S. 346–348, der ausrechnet, daß 1925/26 „Handarbeiter" knapp unter drei Viertel der Parteimitgliedschaft ausmachten.

[15] Vgl. Rudolf Rietzler, „Kampf in der Nordmark". Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919–1928), Neumünster 1982, S. 402ff.

[16] Vgl. Johannes Rathkamp und Karl Broschko, Geschichtlicher Überblick über die Vereins- und Organisationsbewegung der Eutiner Arbeiterschaft, ohne Ort und Jahr (Eutin 1929?), S. 26. Der SPD-Ortsverein zählte höchstens ein Viertel soviel Mitglieder.

[17] Entnommen aus: Stokes, Kleinstadt, S. 24–29 (Tabelle 2–7); als Proportion des gesamten Wählerpotentials der Stadt überstiegen die Werte für die Sozialdemokratie bei diesen Wahlen nie 32 % und fielen im Mai 1932 bzw. März 1933 bis auf 21 % zurück.

Paul Hensel, SPD-Ortsvereinsvorsitzender von 1925–33 und Stadtrats- und Magistratsmitglied von 1919 bzw. 1922–1931 in Eutin (Bild: Archiv K. Franck)

Am 9. Mai 1926, dem ersten Jahrestag der Gründung der Eutiner Ortsgruppe der NSDAP, sprach ihr oberster Führer in der Stadt vor mehr als tausend seiner Anhänger aus ganz Norddeutschland. Die Orts- und Gauleitung der Partei hatte seit dem vorangegangenen Herbst vergeblich versucht, einen Auftritt Hitlers dort zustande zu bringen, da er zu der Zeit in den meisten Ländern – Schleswig-Holstein sowie die benachbarte sozialdemokratisch regierte Freie- und Hansestadt Lübeck nicht ausgeschlossen – mit Redeverbot belegt war. Ihre Absicht wurde vorerst sowohl von dem Kabinett in Oldenburg, das in einem Hitler-Vortrag eine mögliche Gefährdung der öffentlichen Ordnung erblickte, als auch hinter den Kulissen von dem Ratsherrn und SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Paul Hensel vereitelt. Die deutschnational eingestellte Regierung in Eutin willigte schließlich in den Antrag der NSDAP ein; doch hatte die Sozialdemokratie die Genugtuung, daß *„kaum ein Arbeiter"* (so ein völkischer Besucher der Versammlung) Hitlers Verurteilung der Revolutions-„Schwärmer" von 1918 und ihre angeblich uneingelösten Versprechungen von Brot, Freiheit und

Würde mit anhörte. Der „Lübecker Volksbote" (LVB) von Julius Leber spottete über die SA-„Männekens" in ihrem *„Maskenkostüm"* und meinte sogar, ihren Führer *„kann man ruhig allüberall reden lassen. Mit dem Redeverbot tut man ihm wirklich zu viel Ehre an."*[18] Diese Geringschätzung des Nationalsozialismus stand zwar im logischen Gegensatz zu der Taktik der SPD, ihre Gefolgschaft so gut es ging von der neuen Bewegung zu isolieren. Aber die Strategie schien für längere Zeit einigermaßen erfolgreich zu sein, wie die nur kleine Schar von eingeschriebenen NS-Mitgliedern und -Wählern Eutins (immerhin 1928 bei der Abstimmung zum Reichstag proportional mehr als das Zweifache des Reichsdurchschnitts) bewies.[19]

Der 1928/29 einsetzende Wirtschaftskollaps, der zuerst die politische Radikalisierung der Bauernschaft in Schleswig-Holstein und Oldenburg mit sich brachte, erfaßte auch allmählich Städte wie Eutin mit engen kommerziellen und familiären Beziehungen zu der Landbevölkerung. Hauptgewinner der zunehmend gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen Vertretern der Staatsmacht (Finanzämter, Gendarmerie) einerseits und dem aufgebrachten Mittelstand andererseits[20] wurde letzten Endes die Hitlerbewegung. Sie distanzierte sich von den „sozialistischen" Elementen in den eigenen Reihen und forderte auch die SPD als die Verkörperung auf Ortsebene der angeblichen „marxistischen" Feinde nationaler und mittelständischer Werte (z. B. durch sozialdemokratische Verbindungen mit Verbraucher-Genossenschaften).[21]

Anfangs fielen die Provokationen relativ milde aus: *„Die Sozialdemokratie gäbe zwar an"* führte der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Graf zu Reventlow auf einer Wahlveranstaltung in Eutin aus, *„daß sie eine antikapitalistische Partei sei. Tatsächlich diene sie aber lediglich dem Großkapital."* Und der Bochumer Gauleiter Wagner geißelte sozialdemokratische Persönlichkeiten, die sich weigerten, ihre „Weltanschauung" auf Versammlungen der NSDAP zu verteidigen:

„Sie fühlen nur, wie ihnen das Volk entgleitet . . . [Erst] im 11. Jahr nach dem verlorenen Krieg beginnt die Katastrophe des deutschen Volkes, weil die Leute, die sich anmaßten, Führer zu sein, es nicht verstanden, das Volk aufwärts zu führen."

Anhänger der SPD sollten sich nicht bevormunden lassen und statt dessen ihr eigenes Urteil über den Nationalsozialismus bilden.

Die Erwiderung der Leitung des Eutiner Ortsvereins offenbarte weiterhin ihre Unterschätzung der Partei Hitlers: Die Repräsentanten der Sozialdemokratie – es handelte sich um Regierungsrat Otto Eggerstedt, M. d. R., und Richard Hansen, schleswig-holsteinischer Gauvorsitzender des Reichsbanners – lehnten eine Anwesenheit auf NS-Veranstaltungen ab, *„weil die nationalsozialistische Bewegung hier am Orte zu bedeutungslos ist";* außerdem sollten nicht erst dadurch solche Kundgebungen *„interessant"* und zu wichtigen Geldquellen für die NSDAP gemacht werden. *„Der rechtsgerichteten nationalistischen Zwergpartei"* sei *„keine Bedeutung beizumessen"*, sie trage *„schon jetzt den Keim des Untergangs in sich."*

[18] Siehe LVB, 12. 5. 1926; Hermann Diercks, „Kampf und Aufstieg der NSDAP in Eutin", in: derselbe (Hrsg.), Denkschrift zur Eingliederung des oldenburgischen Landesteils Lübeck in die Provinz Schleswig-Holstein am 1. April 1937, Plön 1937, S. 51–53; Rietzler, „Kampf in der Nordmark", S. 390, 400; und Stokes, Kleinstadt, S. 50ff. Über Hensel, seit 1912 Eutiner Filialleiter des „Konsumvereins für Lübeck und Umgegend" und „Galionsfigur" der Weimarer Sozialdemokratie in der Stadt, siehe ebenda, S. 547; und derselbe, „Arbeiterbewegung", Abschnitt 4.

[19] Bis Mai 1929 sind höchstwahrscheinlich nur halb soviele Eutiner (insgesamt: 113) der NSDAP einmal formell beigetreten, wie im Jahre davor für sie gestimmt hatten. Stokes, Kleinstadt, S. 295.

[20] Vgl. Gerhard Stoltenberg, Politische Strömungen im Schleswig-Holsteinischen Landvolk 1918–1933, Düsseldorf 1962, Kapitel 6–8; und Klaus Schaap, Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928–1933, Düsseldorf 1978, S. 27ff., 85ff. Im Februar 1928 nahmen in Eutin mehrere tausend Bauern, Handwerker und Kaufleute unter Leitung des großagrarischen Landbundes an einer „Protestkundgebung" gegen die Zoll-, Kredit-, Steuer- und Sozialpolitik des Reichs und der Länder teil. Bericht in: Anzeiger für das Fürstentum Lübeck (AFL), Eutin, 9. 2. 1928.

[21] Ebenda, 5. und 7. 6. 1929 (Briefwechsel zwischen „Einem Landwirt" und der Ortsgruppe Eutin der NSDAP betreffend das Bekenntnis u. a. ihres Spitzenkandidaten in Schleswig-Holstein, Ernst Graf zu Reventlow, zum „Sozialismus"), nachgedruckt in Stokes, Kleinstadt, S. 60–61; und Heinrich August Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972, S. 118f. Über 400 Familien, zumeist wohl Anhänger der Sozialdemokratie, gehörten 1929 dem vom Bürgertum bekämpften Konsumverein in der Stadt an. Stokes, „Arbeiterbewegung", Abschnitt 4.

„Als größte Organisation am Platze müßten wir es ablehnen, diesen Leuten ... Rede und Antwort zu stehen."[22]

Frustriert in dem Vorhaben, leitende Sozialdemokraten zu einer Konfrontation in aller Öffentlichkeit anzulocken, entschied sich die Eutiner NSDAP, ihre Kampagne in Wort und Tat zu steigern. Sie lud den berüchtigten antisemitischen Agitator Ludwig Münchmeyer, ihren Spitzenkandidaten in Oldenburg bei der Reichstagswahl 1928 und einen früheren Pastor (er wurde seines Amtes u. a. aufgrund von sittlichen Vergehen enthoben), als Redner ein.[23] Ohne Erfolg versuchten Sozialdemokraten, die bereits in der Vorankündigung der Veranstaltung als *„Schädlinge, gemeine Lügner, Betrüger, Schieber und sonstiges Geschmeiß"* geschmäht wurden, sie von den Behörden untersagen zu lassen. Münchmeyer griff den Reichsfinanzminister Hilferding *(„Im Reichstag sitzen als SPD Vertreter 30 bis 40 Juden. Warum sind das nicht deutsche Arbeiter?"),* das Reichsbanner und insbesondere die SPD wegen ihrer angeblichen Bestechung seitens Englands und Frankreichs, die Novemberrevolution von 1918 anzuzetteln, rücksichtslos an.

„So hundsgemein konnte kein Franzose sein, daß er für Geld sein Vaterland verriet: wir aber hatten tausende solcher Schufte. ... Der deutschen Sozialdemokratie blieb es vorbehalten, auftragsgemäß anzuerkennen, daß Deutschland der Kriegsschuldige ist. Als die Rechnung, der Versailler Vertrag, präsentiert wurde, graute selbst den Sozialdemokraten davor. ... Und wer fand sich zur Unterschrift unter diesen Schandvertrag bereit? Es war Müller, unser heutiger Reichskanzler."[24]

Nicht genug solcher Verleumdungen: Die neu aufgestellte SA-Truppe Eutins unter ihrem Führer Johann Heinrich („Latten"-) Böhmcker überfiel nach einer Versammlung im naheliegenden Dorf Barkau mehrere sozialdemokratische Landarbeiter und verwüstete ihre Wohnungen.[25]

Die Reaktion seitens der SPD auf diese verbalen und tätlichen Angriffe war gespalten, jedoch überwiegend besonnen und zurückhaltend. Zum einen breitete sie die schillernde Vergangenheit Münchmeyers sowie anderer Nationalsozialisten, denen die Schändung jüdischer Gotteshäuser und Grabstätten vorgeworfen wurde, in der Presse aus. Aber Selbstgefälligkeit und Zufriedenheit blickten in Erklärungen durch, daß mindestens die Arbeiterklasse sich zu dieser Clique von Landbesitzern, Offizieren und Rechtsanwälten (Böhmcker!) nicht hingezogen fühlte; die Wirtschaftspartei und vor allem die Deutschnationalen, die nach sozialdemokratischer Darstellung sowieso in finanzieller Hinsicht hinter der NSDAP stünden (sonst könnte sie als einzige Partei in Eutin schwerlich eine Geschäftsstelle und Buchhandlung eröffnen), seien dennoch in ihrer Existenz bedroht. Daß das Reichsbanner auf das Ereignis in Barkau lediglich mit Zeitungsannoncen und Beschwörungen an die Staatsanwaltschaft, dem *„Wildwest-Treiben der Hakenkreuzler ... ihre volle Aufmerksamkeit"* zuzuwenden, reagierte, zeigte der SA, daß *„es dem Marxismus immer noch an Schwung und Mut für den Entscheidungskampf fehlte";* es hatte offenbar *„allzu geringe Erfahrungen mit ernsthaften und akti-*

[22] AFL, 9.5. 1928, 1., 6. und 12.3., 9.4. 1929; auch Stokes, Kleinstadt, S. 62f., 67f. Otto Eggerstedt, 1918 Mitglied des Kieler Arbeiter- und Soldatenrates, danach dortiger Stadtverordneter und SPD-Parteisekretär, 1929–1932 Polizeipräsident von Altona-Wandsbek, 1933 verhaftet und im Moorlager Papenburg-Esterwegen „auf der Flucht erschossen"; Richard Hansen, auch Stadtverordneter und sozialdemokratischer Bezirksvorsitzender in Kiel, 1933 Emigration nach Dänemark und zuletzt Amerika. Vgl. Annedore Leber, Willy Brandt und Karl Dietrich Bracher (Hrsg.), Das Gewissen entscheidet. Bereiche des deutschen Widerstandes von 1933–1945 in Lebensbildern, Berlin und Frankfurt/Main 1957, S. 40–42; und Werner Röder und Herbert A. Strauß (Hrsg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, New York und München 1980, Bd. I, S. 269.

[23] Zur Person und Wirkung Münchmeyers, der sich brüstete, unzählige Male wegen Verleumdung führender Demokraten und Juden vor republikanischen Gerichten angeklagt gewesen zu sein, siehe: Archiv der evangelisch-lutherischen Landeskirche Eutin, Akte C 7.1; Landesarchiv Schleswig-Holstein (LAS), Abt. 399, Nr. 6, Nachlaß J. H. Böhmcker, Akte „Strafsache Münchmeyer"; und Ost-Holsteinisches Tageblatt, Plön, 5.7. 1929.

[24] AFL, 13. und 17.3. 1929; auch Stokes, Kleinstadt, S. 68ff. Der seit Sommer 1928 amtierende Kanzler (und SPD-Parteivorsitzende) Hermann Müller war 1919 Reichsaußenminister; Rudolf Hilferding zählte zu den 17 jüdischen Mitgliedern (= 10 %) der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag. Vgl. Winkler, Schein der Normalität, S. 648ff. und die dort zitierte Literatur.

[25] Siehe die gegenteiligen Beschreibungen des Falles von dem NS-Parteihistoriker Diercks sowie der Eutiner Reichsbannerführung nachgedruckt in Stokes, Kleinstadt, S. 74–76. Über Böhmcker, den entschlossendsten Gegner der Sozialdemokratie in Ostholstein: ebenda, S. 289ff. und passim; auch die Kurzbiographie von Herbert Schwarzwälder in Wilhelm Lührs u. a., Bremische Biographie 1912–1962, Bremen 1969, S. 56–58.

ven Politikern."[26] Auf der anderen Seite verlangten insbesondere ehemalige Kriegsteilnehmer und viele jüngere Mitglieder des Reichsbanners *„stürmisch eine Abrechnung mit den Nationalsozialisten"*, die die Enthüllungen über Münchmeyer mit Beschimpfungen auf die SPD *(„Vaterlandsverräter", „Feind der nationalen Freiheit und sozialen Gerechtigkeit")* quittiert hatten.[27]

Die Gelegenheit für eine Kraftprobe sollte eine „Werbeversammlung" der Eutiner Sozialdemokratie am 29. Juni 1929 liefern. Referent war der Reichstagsabgeordnete und Fraktionsvorsitzende im preußischen Landtag Ernst Heilmann, ein Jude und (wie NS-Gauleiter Lohse warnte) *„einer der glänzendsten und klügsten Redner der SPD."* In Anwesenheit von Nationalsozialisten aus dem ganzen Landesteil Lübeck, die nach Beginn der Veranstaltung truppweise in den Saal hineinmarschierten und mit Zwischenrufen vor der Bühne Stellung nahmen, ließ sich Heilmann hauptsächlich über Deutschlands Außen- und Agrarpolitik aus, ohne seinen Kontrahenten übermäßig viel Aufmerksamkeit zu schenken. In der Aussprache kritisierte SA-Führer Böhmcker die *„verheerenden"* Finanzmaßnahmen des Ministers Hilferding sowie die angebliche Korruption des Hauptredners (Heilmann soll etliche gutdotierte Aufsichtsratsposten u. dergl. innegehabt haben). Aber mit rund 180 Reichsbannerangehörigen in dem überfüllten Raum verlief das Programm ungestört, wozu auch Lohse dringend geraten hatte, *„um den Roten die Möglichkeit einer Terrorhetze zu nehmen."* Die Hitlerpartei wollte den Abend als ihren Triumph feiern
(„Die SPD in Eutin ist fürwahr von ihrer stolzen Höhe zu einer bemerkenswerten Bescheidenheit herabgestiegen, wenn sie diese Versammlung als großen Sieg verbucht. Wie sollen denn erst die Niederlagen aussehen?");
später gab sie jedoch zu, er *„hatte wohl die marxistischen Kreise erheblich aufgeputscht."* Sozialdemokraten hoben demgegenüber den schwachen Beitrag Böhmckers zu der Diskussion hervor:

„Diese Versammlung war jedenfalls ein Beweis dafür, daß es leicht ist, einer Partei, die in der Verantwortung steht, alles mögliche anzuhängen. Wenn es dann aber heißt, bessere Wege zu zeigen, dann versagen meistens derartige Auchpolitiker vollständig."[28]

Wenn die Kundgebung Münchmeyers keinen entscheidenden Durchbruch für die NSDAP in Eutin bedeutete, so war auch der ruhige Auftritt von Ernst Heilmann wenig dazu geeignet, das stetige Anwachsen von Neugier an der Hitlerbewegung unter breiten Kreisen der Einwohnerschaft nachhaltig zu dämpfen. Allein die sich vertiefende Wirtschaftsmisere mit ihrer steigenden Erwerbslosigkeit bot eine höchstwillkommene Chance für die Nationalsozialisten, SPD-geführte Regierungen des Reiches und der Länder dafür verantwortlich zu machen. Bevorzugt zu diesem Zweck wurden „proletarische" Redner, wie der Werkzeugschlosser Wilhelm Dreher aus Württemberg, Johannes Engel, der Gründer der „Nationalsozialistischen Be-

[26] So Diercks, „Kampf und Aufstieg", S. 60, 66, der sogar behauptet, daß bis 1929 *„die Sozialdemokratie es in der Hand hatte, die Versammlungen der NSDAP unmöglich und damit die Bewegung ziemlich mundtot zu machen, zum mindesten hätten sie sie damals noch auf Jahre zurückwerfen können"*, aber gerade ihr *„übertriebenes Gefühl der Überlegenheit"* hätte sie daran gehindert.

[27] Ebenda, S. 63; LVB, 11. und 15. 3., 14. 5. 1929; und AFL, 12. und 29. 3., 3. und 9. 4. 1929.

[28] Ebenda, 16. 6., 2., 3. und 5. 7. 1929; LVB, 26. 6. 1929; Schleswig-Holsteinische Tageszeitung (TZ), Itzehoe (nationalsozialistisch), 6. 7. 1929; LAS, 399/6, Schreiben von H. Lohse an J. H. Böhmcker und von Böhmcker an Major a. D. von Levetzow, Sielbeck, 28. 6. und 12. 7. 1929; Diercks, „Kampf und Aufstieg", S. 68; und Stokes, Kleinstadt, S. 77–79. Heilmann, der erstmals während des Kapp-Putsches zum prominenten SPD-Politiker in Preußen avancierte, wurde ab 1933 in verschiedenen Konzentrationslagern inhaftiert, bis er 1940 in Buchenwald ermordet wurde. Vgl. Dietrich Orlow, „Preußen und der Kapp-Putsch", in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 26 (1978), S. 213f., 225, 236; und Franz Osterroth und Dieter Schuster (Hrsg.), Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Berlin und Bonn 1975, Bd. II, S. 390.

triebszellenorganisation" (die gewerkschaftsähnliche Untergliederung der Partei) in Berlin (Vortragsthema: *„Der Scheinkampf der Sozialdemokratie um die Sozial- und Arbeitslosenversicherung"*), und nicht zuletzt Otto Gloe, der, bis er 1924 *„wegen parteischädigenden Verhaltens"* aus der SPD ausgeschlossen wurde, zu ihren bekanntesten Eutiner Führern zählte. Sie schoben allesamt der sozialdemokratischen „Bonzekratie" die *„Hauptschuld an dem Erwerbslosenelend"* zu, auch sei diese nach wie vor zu feige, mit Nationalsozialisten offen zu debattieren. Dreher zum Beispiel:

„Alles Geschrei des internationalen Marxismus von der Diktatur des Proletariats, vom Achtstundentag und dem Beginn besserer Lebensverhältnisse, von dem die Straße vor dem Kriege bei sozialdemokratischen Demonstrationen widerhallte, ist nur Gerede gewesen, von dem man seit dem 9. November 1918 nichts mehr höre... Einzig und allein der Jude sei bei uns der ausschlaggebende Faktor, der den sozialdemokratischen Bonzen als Rückendeckung benutze zwecks der Ausführung seiner Wünsche und Befehle."[29]

So sinnentstellend solche Behauptungen auch waren, sie bewiesen immerhin, daß für die NSDAP die Sozialdemokratie den Hauptgegner in Eutin bildete. Gleichzeitig wurde diese aber unaufhaltsam in die Defensive gedrängt, eine Position, die durch kleinere Seitenhiebe (wie der vergebliche Versuch der SPD-Mitglieder des Stadtmagistrats, nationalsozialistische Veranstaltungen als vergnügungssteuerpflichtig zu deklarieren und deshalb weniger ertragreich werden zu lassen) nicht abzuändern war. Freilich half es auch keinesfalls, daß sozialdemokratische Gastredner – Heilmann, Leber, Carl Severing (Reichs- und preußischer Innenminister a. D.), Hans Vogel (der spätere Vorsitzende der Exil-Partei), usw. – die unpopulärsten Beschlüsse des Berliner Kabinetts, allen voran die Annahme des Youngplans zur Abtragung der Reparationslasten, ständig verteidigen mußten.

Folgerichtig erzielte der gemeinsam aufgezogene nationalsozialistisch-deutschnationale Volksentscheid, um diese Gesetzgebung zu Fall zu bringen, die Zustimmung von gut einem Drittel der Stimmberechtigten Eutins (ganz erheblich über den fast 14 % reichsweit), trotz erheblicher Konflikte noch während des Wahlkampfes zwischen den zeitweiligen Bündnispartnern im rechten Lager.[30]

Der Volksentscheid vom Dezember 1929 stellte einen wichtigen propagandistischen Erfolg für die Nationalsozialisten in Eutin dar, obwohl die Zahl der abgegebenen Stimmen kaum über die der DNVP und der NSDAP zusammen bei der letzten Reichstagswahl hinausging. Die Arbeiterschaft hielt der SPD ungebrochen die Treue und blieb den Versammlungen der Youngplan-Gegner zumeist fern. Nichtsdestoweniger schokkierte der Wahlausgang die Aktivisten im Reichsbanner. Bereits im vorangegangenen Sommer warnte der jungenhafte und energische Führer des Lettländischen „Schutzbundes" (die dortige Parallelorganisation der Arbeiterbewegung) die Republikaner Eutins, daß der Faschismus im Vormarsch über ganz

[29] AFL, 30. 5. 1929; LVB, 4. und 29. 7. 1929; TZ, 21. 9. und 1. 10. 1929; LAS, 399/6, Schreiben von J. H. Böhmcker an Otto Gloe, Neudorf bei Eutin, 9. 9. 1929; Rathkamp und Broschko, Geschichtlicher Überblick, S. 29; und Stokes, Kleinstadt, S. 79–80. Sozialdemokraten waren besonders über Gloe entrüstet, der vorher eher zur KPD tendiert hatte: *„Nun hat er offenbar Anschluß bei den Nazis gefunden... Heil ihm!... Zu dieser Bundesgenossenschaft kann man den Hitlern nur gratulieren, gerade diese dürfte manchem, der bisher nicht sehen wollte, die Augen öffnen."*

[30] AFL, 28. 7. und 10. 10. 1929, 15. 6. 1930; TZ, 30. 7. 1929; LAS, 399/6, SPD-Broschüre „Unser die Republik – Die Sozialdemokratie marschiert", undatiert (1929?); Diercks, „Kampf und Aufstieg", S. 70–71; und Stokes, Kleinstadt, S. 80–92. Böhmcker warf beispielsweise den bürgerlichen Anhängern der DNVP und der Veteranen-Organisation des „Stahlhelms" vor, sie hätten während des Kaiserreiches durch Standesdünkel die deutsche Arbeiterschaft von der Nation entfremdet und in die Arme der Sozialdemokratie getrieben – und dabei die *„Revolte von 1918, gemacht von Zuhältern und ähnlichem Gesindel"*, mitverursacht.

Europa sei und *„mit allen Mitteln" („Gewalt gegen Gewalt!")* bekämpft werden müsse.

„Aber eins müssen wir betonen: Die Kampforganisationen der Republik müssen defensiven Charakter haben. Die Gewalt benutzen wir als letztes Mittel gegen den brutalen Faschismus."

Im Frühjahr 1930 inszenierte das Reichsbanner einen „Antifaschistentag", um an die Niederwerfung des Kapp-Putsches zehn Jahre zuvor zu erinnern. Ein Kieler Oberlandesgerichtsrat versicherte 300 seiner Kameraden aus Eutin und Umgebung, sollten die *„ewigen Putschisten, Revolutionäre und gestrandete Landsknechtnaturen und Phantasten"* von rechts oder links noch einmal gegen den deutschen Volksstaat vorprellen, würden sie sich *„alsbald . . . ihre Schädel einrennen."* Auch der Bezirksleiter des Reichsbanners im Landesteil Lübeck, Ernst Leiboldt, sah sich veranlaßt, bei dem Direktor des städtischen Gymnasiums wegen Beziehungen verschiedener Art von Oberschülern zur Hitlerbewegung zu protestieren.[31]

Solche Worte aber, egal wie unmißverständlich sie ausgesprochen wurden, beeindruckten die Nationalsozialisten mitnichten. Als der preußische Innenminister Albert Grzesinski (SPD) für seinen Bereich öffentliche Märsche und Demonstrationszüge der NSDAP verbot, verlagerte die SA ihre derartigen werbewirksamen Betätigungen ohne Zögern auf gastfreundlicheren oldenburgischen Boden nach Eutin – genau wie vier Jahre zuvor, als Hitler dort sprach. Jetzt war es sein Berliner Gauleiter Dr. Joseph Goebbels, der am 27. Mai 1930 rund 1200 Zuhörern erklärte:

„Ebensowenig wie die Sozialdemokratie die Verpflichtung gefühlt habe, das alte kaiserliche System mit dem Zylinder in der Hand zu bekämpfen, hat der Nationalsozialismus irgendwelche Veranlassung, das heutige System mit anständigen Mitteln zu vernichten."

Trotzdem fanden die meisten Funktionäre der SPD, wenn sie sich auf parteiinternen Konferenzen und Zusammenkünften überhaupt mit der Hitlerbewegung beschäftigten, Trost in der vermeintlichen Feststellung, entweder sei für eine nationalsozialistische Diktatur in Deutschland, einem *„an der Spitze stehenden kulturellen Land", „keine Existenzmöglichkeit gegeben"* (eine solche Herrschaftsform sei nur in europäischen Staaten wie Italien mit *„noch recht vielen Analphabeten"* zu errichten), oder aber, daß

„die Nationalsozialisten zwar gewonnen haben, aber bezeichnenderweise trotz ihres Geschreis gegen den Marxismus allein auf Kosten der Deutschnationalen und der Kommunisten."[32]

Die Haltung der Sozialdemokratie – die Entwicklung abwarten und aufpassen – hörte spätestens Ende November 1930 auf, als die NSDAP bei der Landesausschußwahl erstmalig die absolute Mehrheit der in Eutin abgegebenen Stimmen erreichte. Das war selbst für Nationalsozialisten ein vollkommen überraschendes Ergebnis einer politischen Kampagne, die (so der Ortsgruppenleiter Dr. med. Wolfgang Saalfeldt) in erster Linie *„dem Marxismus"* galt. (Sie war umso hemmungsloser geführt worden, weil der sogenannte „linke" Flügel um Otto Strasser

[31] AFL, 10. 7. 1929 und 19. 3. 1930; Schleswig-Holsteinische Volkszeitung (VZ), Kiel, 16. 10. 1929; Rohe, Reichsbanner, S. 201, 204; und Stokes, Kleinstadt, S. 598f. Der Schulleiter beschied Leiboldt, Krankenkassenangestellter und ehemaliger Frontkämpfer, kühl, daß Oberschüler politische Versammlungen besuchen dürften, wenn sie wahlmündig oder in Begleitung ihrer Eltern wären, ebenso stände es ihnen frei, persönlichen Kontakt zu Mitgliedern der NSDAP zu pflegen.

[32] AFL, 12. 5. und 19. 12. 1929 (Referate von Dr. Warburg bzw. Chefredakteur Wurbs, beide Kiel, auf Mitgliederversammlungen der Eutiner SPD und des Reichsbanners); und Stokes, Kleinstadt, S. 96–100. Ganz andere Töne schlug etwa Otto Hörsing, der Reichsbanner-Bundesführer, an: *„Was die Nationalsozialisten, die das Wort Sozialismus und seinen Begriff zur Farce machen, sich anmaßen, ist ein Volksbetrug schlimmster Art. Mit gestohlenem ‚Programm' und den Geldern gewisser Industriekreise werden sie zum Sturze der Republik vorgeschickt. So lächerlich diese Bewegung auch ist, so gefährlich ist sie auch."* Rede in Süsel bei Eutin, zitiert nach AFL, 15. 5. 1929.

Staatl. Reformrealgymnasium
mit Oberrealschule Eutin
Eing. 29.V.1930 T.-B. Nr. 761/30
Antw. 31.7.1930 Z.A. 214

Eutin, den 28. Mai 1930.
Braakerlandstrasse 28.

Sehr geehrter Herr Direktor!

Die Tatsache, dass in einer Privatklage des Führers der National-sozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Rechtsanwalt Böhmcker gegen mich, der Primaner K l o t h als Zeuge des Klägers vor Gericht gegen mich auftrat, hat mich veranlasst, die älteren Schüler des Staatlichen Reformrealgymnasiums gelegentlich zu beobachten. So konnte ich fest-stellen, dass in fast allen Versammlungen der N.S.D.A.P. eine Anzahl von älteren Gymnasiasten anwesend sind. Wiederholt haben der Primaner K l o t h und andere, deren Namen mir jedoch nicht bekannt sind, an solchen Versammlungen teilgenommen. Allem Anschein nach unter-halten die Primaner K l o t h, W a r n e c k e, R o e r i n g und S c h m i d t Beziehungen zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Ich wäre für eine freundliche Mitteilung, ob der Leitung des Staatlichen Reformrealgymnasiums diese Tatsachen be-kannt sind, bejahendenfalls, was sie angesichts der nationalsozia-listischen Umtriebe unter den Schülern des Staatlichen Reformreal-gymnasiums zu tun gedenkt, sehr dankbar.

Es kann dem Lehrkörper des Staatlichen Reformrealgymnasiums ferner nicht verborgen geblieben sein, dass eine grosse Anzahl von Schülern jeglichen Alters mit Abzeichen rechtsradikaler Bünde einherstolzieren.

Schliesslich ist es an der Tagesordnung, von Primanern und Sekundanern in unverschämter Weise im Vorbeigehen auf der Strasse angegrinst zu werden, wie mir und anderen republikanischen Führern das fast täglich geschehen ist und noch geschieht. Sollte eine Änderung im Benehmen dieser Schüler nicht schleunigst eintreten, sähe ich mich leider gezwungen, mich beschwerdeführend an das Ministerium in Oldenburg zu wenden.

Mit vorzüglicher Hochachtung:
Hans Leibowitz

Bezirksführer des Reichsbanners
Schwarz-Rot-Gold
Bezirk Landesteil Lübeck.

bereits endgültig aus der Partei ausgeschlossen war.)[33] Nationalsozialistische Redner warfen der SPD u. a. vor, sie habe ihre Versprechungen seit 1918, daß das deutsche Volk unter der Republik *„reicher und fröhlicher"* werde, daß ihm (laut Verfassung) Brot und Arbeit garantiert sein würden, nicht eingelöst. Statt dessen befanden sich nunmehr Millionen ohne Beschäftigung und in schwerer Not als Folge der „Erfüllungs"-Politik der Reichsregierungen angesichts der Reparationsforderungen der früheren Kriegsgegner. Obwohl ihre Minister seit März nicht mehr im Kabinett saßen (der Nachfolger von Hermann Müller als Kanzler war inzwischen der Zentrumsmann Dr. Heinrich Brüning geworden), wurde Sozialdemokraten ihr vermeintliches Vermächtnis von finanzieller Mißwirtschaft immer wieder vorgehalten. Sozialdemokratische Amtsinhaber wurden auch der Korruption bezichtigt und ihre Vertreter im Parlament für die Herabsetzung der Sozialleistungen an Minderbemittelte bei gleichzeitiger Erhaltung der Gehälter höherer Beamter sowie der Gewinne der Banken als mitverantwortlich bezeichnet. *„Wenn wir dereinst das Heft in die Hand nehmen"*, rief Saalfeldt 1000 SA-Männern auf dem Eutiner Marktplatz zu, *„dann kommt die Abrechnung."*

Andererseits lehnte es die Ortsleitung der SPD nach wie vor beharrlich ab, als Diskussionsredner auf NS-Versammlungen zu erscheinen, auch wenn ihre Politik wiederholt als *„Verrat an der deutschen Arbeiterklasse"* verurteilt wurde. Aber auf ihren eigenen Veranstaltungen und in der Presse wies sie auf die Unrichtigkeit, ja Böswilligkeit der nationalsozialistischen Vorwürfe hin. Schließlich steckten England und Amerika ebenfalls tief in der Wirtschaftskatastrophe, die schwerlich als Produkt der Unterzeichnung des Youngplans auszulegen sei; und außerdem habe dieses Übereinkommen die Räumung des Rheinlandes von Besatzungstruppen der Alliierten herbeigeführt. Nationalsozialismus sei landesfremd und das Werkzeug des Großkapitals, *„ein Gespenst, das so schnell in der Versenkung verschwinden wird, wie es einmal zum Vorschein kam."*[34]

Warum gerade dies aber nicht geschah, verwirrte und entmutigte die Sozialdemokratie. Sie schrieb den dramatischen Aufstieg der NSDAP in Eutin nicht nur ihrer geschickten Taktik zu, einige Arbeiter, Angestellte und sogar einen Kriegsversehrten *(„das zieht")* als lokale Kandidaten aufzustellen, sondern auch dem gänzlich reaktionären Verhalten bürgerlicher Politiker, das zur Polarisierung der Wählerschaft beitrug. Darüber hinaus versuchte die sozialdemokratische Presse, die Verluste ihrer Partei herunterzuspielen: Obwohl Eutin von jetzt ab als „Hochburg" des Nationalsozialismus weit und breit bekannt wurde, blieben die Verluste der SPD in den drei Herbstwahlen bei „nur" 100–300 Stimmen. Zugegeben, dieses Ergebnis sei bedenklich angesichts des steilen Anwachsens der Wahlbeteiligung. Dennoch sollten die Gewinne der Nationalsozialisten zumeist von neuen Wählern oder von den Parteien des Bürgertums stammen.

„Man darf doch bei der Beurteilung dieser Sache niemals außer acht lassen, daß die SPD in den letzten Jahren und ganz

linke Seite: Schreiben von Ernst Leiboldt, Bezirksführer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold im Landesteil Lübeck an den Direktor des Staatlichen Reformrealgymnasiums in Eutin, 28. Mai 1930 (Archiv der Johann-Heinrich-Voss Schule zu Eutin, Akte betr. „Beschwerden")

[33] Ebenda, 9. 8. 1930; auch Stokes, Kleinstadt, S. 100ff., für den Widerhall dieser „Säuberung" in Eutin. Zur umstrittenen Person Saalfeldts siehe ebenda, S. 287f. und passim sowie meinen Aufsatz „Professionals and National Socialism: The Case Histories of a Small-Town Lawyer and Physician, 1918–1945", in: German Studies Review, 8 (1985), S. 449–480.

[34] AFL, 11. 5., 23. und 26. 8., 17. 9., 1. und 23. 11. 1930; TZ, 4. 11. 1930; und Stokes, Kleinstadt, S. 105–120. Seit der Reichstagswahl am 14. September, die der NSDAP 107 Sitze bescherte und sie damit zur zweitstärksten Fraktion erhob, sah sich die Sozialdemokratie gezwungen, eine – innerhalb der Partei höchst unpopuläre – Tolerierungspolitik der Regierung Brüning gegenüber einzuschlagen, von Otto Eggerstedt vor dem Eutiner Ortsverein mit der Erklärung verteidigt: *„. . . wenn das nicht geschehen sei, wäre unzweifelhaft in Deutschland eine nationalsozialistische Diktatur aufgerichtet worden. Eine Diktatur sei aber das Ende der Arbeiterbewegung."*

besonders in den letzten Wahlkämpfen in einer geradezu hahnebüchenen Art und Weise bekämpft worden ist, ohne Ausnahme, von allen Seiten. . . . Der Generalangriff gegen den ‚Marxismus' ist als gescheitert zu bezeichnen. . . . Die verängstigten Kleinbürger fielen auf die nationalsozialistischen Phrasen hinein und die hochtrabenden Agrarier waren ihnen von vornherein ergeben. Die alte Reaktion ersteht unter dem augenblicklich modernen Zeichen des Hakenkreuzes."

Noch fragwürdiger als die revolutionäre Hitlerbewegung mit herkömmlichem, rückwärtsschauendem Konservativismus gleichzusetzen, war die Neigung einiger sozialdemokratischer Wahlanalytiker, den Sieg der NSDAP aufgrund des unzulänglichen Verstandes der Stimmberechtigten zu erklären:

„Mit schreien, hetzen und verleumden ist nichts getan, damit stößt man denkenden Menschen nur vor den Kopf. . . . Leider reicht aber bei vielen sensationslüsternen Menschen der Verstand nicht aus, um dieses begreifen zu können. . . . Es zeugt von einer beklagenswerten und tief beschämenden politischen Unreife unseres Volkes, daß es sich die Beschimpfungen der Nazis widerspruchslos gefallen läßt. Wie lange noch?"[35]

Mitglieder des Reichsbanners waren jedenfalls nicht bereit, widerstandslos zu kapitulieren. Obwohl SPD-Bezirksvorsitzender Willi Verdieck bei der Aufstellung der Kandidatenliste für die Reichstagswahl die Parteidelegierten daran erinnerte, *„daß die Sozialdemokratie nicht mit handgreiflichen Argumenten kämpfen wird" („mit dem Schwert des Geistes ziehen wir in die Wahlschlacht, nur so können wir den Sozialismus zum Siege führen!")*, beabsichtigten die Nationalsozialisten nicht, sich ähnlich zu verhalten. Seit dem Barkauer Zwischenfall vor zwei Jahren war die Eutiner SA (NS-Historiker Diercks stolz: *„der Schläger-Sturm von Eutin")* in mehrere gewaltsame Auseinandersetzungen mit sozialdemokratischen Gegnern verwickelt. Während des Wahlkampfes selber kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen den beiden Kontrahenten sowohl in der Stadt als auch in dem benachbarten Dorf Hutzfeld. Die SPD behauptete, daß die Versammlungsfreiheit ernsthaft gefährdet sei durch das Treiben von Böhmcker und seiner Truppe, das von den zuständigen Behörden nicht unterbunden würde (tatsächlich wurde er aber wegen der Streitigkeiten in Hutzfeld angezeigt). Ob Sozialdemokraten auch schuldig waren, bei ähnlichen Anlässen ihre Rivalen niedergeschlagen zu haben, wie die NSDAP es wahrgenommen haben wollte, läßt sich aufgrund der widersprüchlichen Beweisführung nicht mehr klären (gerichtlich belangt wurde kein Anführer der SPD).[36]

Dennoch trugen solche zweifellos die Hauptverantwortung für die wilde Saalschlacht, die am 27. November 1930, dem Vorabend der Landesausschußwahl, auf einer vom Reichsbanner veranstalteten Kundgebung im Eutiner Schloßhotel stattfand. Über tausend Menschen, darunter viele Nationalsozialisten in Uniform aus Kiel, Lübeck und anderen Orten, waren erschienen, um einen Vortrag von Julius Leber *(„Hitlers großer Betrug!")* zu hören. Kaum hatte er angefangen, als ein junger SA-Mann ihn mit unflätigen Zwischenrufen unterbrach und

[35] LVB, 17. und 30. 9., 3., 10. und 24. 11., 1.–3. 12. 1930; AFL, 10. 10., 25. und 30. 11. 1930; VZ, 1. 12. 1930; LAS, 399/6, SPD-Flugblatt an die „Wähler und Wählerinnen im Landesteil Lübeck", undatiert (November 1930); Diercks, „Kampf und Aufstieg", S. 83–84; und Stokes, Kleinstadt, S. 120–124. Daß die Eutiner NSDAP ihren Stimmgewinn unorganisierten Arbeitern und besonders dem Mittelstand verdankte, also früheren deutschnationalen Wählern (DNVP: 20. 5. 1928 – 1042 Stimmen = 28,12 %; 14. 9. 1930 – 244 Stimmen = 5,86 %), wird überzeugend von Schaap, Freistaat Oldenburg, S. 121 f., 125, 274 dargelegt.

[36] LVB, 19. und 20. 8., 8. 11. 1930; auch Stokes, Kleinstadt, S. 111–113. Willi Verdieck gehörte im Mai 1945 zu den Opfern der in der Lübecker Bucht von englischen Fliegern bombardierten Gefangenentransporte „Cap Arcona" und „Thielbeck". Vgl. Franz Osterroth, 100 Jahre Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein. Ein geschichtlicher Überblick, Kiel o. J. (1963), S. 117.

Reichstagswahl

Wahlkreis Schleswig-Holstein

1	**Sozialdemokratische Partei Deutschlands** Schroeder, Luise — Eggerstedt — Richter — Biester	1	○
2	**Deutschnationale Volkspartei** Oberfohren — Gerns — Wülfing von Ditten — Goth	2	○
3	**Zentrum** Brüning — Häfner — Fuchs, Hedwig — Germeshausen	3	○
4	**Kommunistische Partei** Thälmann — Augustat, Elise — Heuck — Röhrs	4	○
5	**Deutsche Volkspartei** Dr. Schifferer — Fischer — Cimbal, Elisabeth — Helms	5	○
5a	**Christlich-soziale Volksgemeinschaft** Brodersen — Grotzinger — Wagner	5a	○
6	**Deutsche Staatspartei** Paulsen — Dr. Kiep-Altenloh, Emilie — Apfeld Ohlrogge	6	○
7	**Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei)** Köster — Reimers — Musfeldt — Kähler	7	○
9	**Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung)** Franzen — Meyer-Quade — Thormählen — Stamer	9	○
10	**Bauern- u. Landvolkpartei Schleswig-Holstein** (Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei) Schiele — Köhler — Mangelsen — Bohens	10	○
11a	**Volksrechtpartei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung) und Christlich-Soziale Reichspartei** Graf Posadowsky-Wehner—Fleck—Henniger—Kuschert	11a	○
11b	**Volksrechtpartei** Merks — Mohr — Richter — Roespel	11b	○
12	**Deutsche Bauernpartei** Leu — Wulff — Harenberg — Göser	12	○
16	**Treviranus-Konservative Volkspartei** Treviranus — Lambach — Rieger — von Ahlefeld	16	○
17	**Christlich-sozialer Volksdienst** Matthiesen — Thiesen — Büntjen — Stolze	17	○
19a	**Polnische Volkspartei** Ledwolorz — Latwniczak — Zydor — Kwietniewski	19a	○
19b	**Schleswigscher Verein** Sögaard — Petersen — Ilper — Lassen	19b	○
19c	**Friesland** Oldsen — Henningsen — Petersen — Lorenzen	19c	○
23	**Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands** Liebknecht — Wiegmann, Elsa — Heider — Schröder	23	○
24	**Haus- und Grundbesitzer** Wehner — Kohlmorgen — Krabad — Schramm	24	○
28	**Menschheitspartei und Neue Volksgemeinschaft** Heydorn — Reimpell — Thiel — Duus	28	○

Stimmzettel für den Wahlkreis Schleswig-Holstein bei der Reichstagswahl am 14. September 1930 (Stadtarchiv Eutin, Akte Nr. 588)

dann der Aufforderung des Versammlungsleiters, den Raum sofort zu verlassen, nicht nachkam. Damit war das Signal für eine Schlägerei gegeben, in deren Verlauf fast das ganze Mobiliar des Saals zerstört wurde, während die anwesenden Unbeteiligten aus Türen und Fenstern stürzten, um dem Kampf zu entgehen. Nicht einmal ein übermäßig großes Aufgebot an Polizisten konnte die Hunderte von Streitenden auseinanderhalten; die Beamten wurden sogar selber angegriffen und einer davon verletzt, ein Umstand, der zu einer nie überwundenen Feindseligkeit zwischen den Sicherheitskräften des Landesteils und dem Reichsbanner führte.

Wenn letzteres die Schuld für das Ausmaß der „Großen Eutiner Saalschlacht" zu tragen hatte (mehrere, zum Teil schwer verletzte Nationalsozialisten mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden), rührte das von dem Waffenfund her, den die Polizei am Orte des Geschehens beschlagnahmte. Neben Gummiknüppeln, Schraubenschlüsseln, zerschnittenen Motorradriemen u. ä. m. wurden zahlreiche, je 50 bis 60 cm lange Holzkeulen eingezogen. Eine Untersuchung stellte fest, daß diese von einem Eutiner Tischlermeister im Auftrag der örtlichen Reichsbannerleitung *„zu Übungszwecken und gegebenenfalls zum Schutze"* hergestellt worden waren. Ernst Leiboldt zu einem Vertreter der Staatsanwaltschaft:

„Von unseren politischen Gegnern wird eine derartige Hetze gegen die Republik, d. h. gegen diejenige Verfassung, die soziale Demokratie, für die wir uns mit Leib und Leben einsetzen, getrieben, sodaß es über kurz oder lang zu einem Bürgerkrieg kommen muß, wenn diese Hetze nicht aufhört. Wir werden dann zu allen Gewaltmitteln greifen, um diesen, unseren Staat zu schützen. Um auch eine solche Auseinandersetzung mit den Gegnern unserer Staatsform, mögen diese Nat[ional-]Soz[ialisten], Kommunisten oder sonstwie heißen, gerüstet zu sein, sind diese Keulen angeschafft worden."

Am fraglichen Abend, so wurde erzählt, blieben die Waffen griffbereit im Versammlungslokal der SPD am Eutiner Marktplatz gegenüber vom Schloßhotel aufbewahrt, wo sie von Reichsbannerangehörigen, die dann in den Kampf zogen, auch schnell geholt wurden.[37] Es stimmt wohl, daß in der Verwirrung kein einziger von ihnen wegen unerlaubten Waffentragens angezeigt wurde; dieses Schicksal erlebte allein Böhmcker, der seine SA-Schulterriemen mit übergroßen Karabinerhaken als Hiebwaffe während der Schlägerei verwendet hatte.[38] Trotzdem bleibt es unbestreitbar, daß in diesem Falle Sozialdemokraten die Angreifer waren. Es wurde beispielsweise berichtet, daß am Abend vorher bei einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des Reichsbanners, die *„sehr stark besucht war"*, um *„technische und organisatorische Fragen"* zu besprechen, *„große Begeisterung, wie nie zuvor"* herrschte. Angesichts des hierarchischen Aufbaus der Sozialdemokratie sei es unbegreiflich, wenn Waffen, die übrigens gerade am 27. November vom Tischler geliefert werden sollten, ohne die Zustimmung der örtlichen Parteiführung (weitgehend ja personenidentisch mit der des Reichsbanners!) in die

[37] AFL, 19. 10., 29. 11., 2. und 7. 12. 1930; LVB, 28. und 29. 11. 1930; VZ, 28. 11. 1930; TZ, 29. 11. und 2. 12. 1930; Lübecker General-Anzeiger, 29. 11. 1930; Stadtarchiv Eutin (SAE), Akte Nr. 3313, Aussage von Willi S. (städtischer Vollziehungsgehilfe), 29. 11. 1930; Niedersächsisches Staatsarchiv Oldenburg (NStAO), Abt. 136, Nr. 2859, Berichte der Gendarmerie in Eutin und der Ordnungspolizei des Landesteils Lübeck, 29. 11. und 1. 12. 1930; LAS, Akten der Regierung in Eutin (RE), Nr. A Va 4 (alte Signatur), „Auszug aus der Akte der Staatsanwaltschaft Lübeck . . . betr. Schlägerei zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten am 27. November 1930"; Bundesarchiv Koblenz, Abt. NS 26, Nr. 157, „Das Blutbad von Eutin" von Emil Bannemann (NS-Mitglied der Lübecker Bürgerschaft), 8. 12. 1930; Diercks, „Kampf und Aufstieg", S. 84–86; Max Knie, 15 Jahre Lübecker Zeitgeschichte. Von der Revolte bis zur nationalen Erhebung, Lübeck o. J. (1933), S. 83–84; und Stokes, Kleinstadt, S. 125–130, 835f.

[38] Ebenda, S. 130–132. Obwohl Böhmcker zugab, daß die SA die Haken zu Verteidigungszwecken benutzte und dies von preußischen Gerichten als illegal verurteilt wurde, konnte das Eutiner Amtsgericht darin keine Verletzung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 25. Juli 1930 wegen Waffenmißbrauchs erblicken: *„Diese Entscheidung ist insofern von großer Bedeutung, als nunmehr Dutzende von Strafverfahren gegen Nationalsozialisten aus demselben Anlaß eingestellt werden. . . Den Nationalsozialisten ist dadurch ein neuer Freibrief ausgestellt worden, den sie, wenn sie ihn richtig anwenden, weidlich nützen können."* LVB, 16. 5. 1931.

Hände von Versammlungsteilnehmern gelangten. Es ist also unwahrscheinlich, daß das Reichsbanner eine solche schwerwiegende Entscheidung allein getroffen hatte. Man darf sicherlich annehmen, die SPD habe gehofft, daß die Veranstaltung störungsfrei über die Bühne gehen würde, ungeachtet des herausfordernden Themas der Rede Lebers und auch seines wohlbekannten Rufs als ausgesprochener Feind des Nationalsozialismus. Partei und Reichsbanner leugneten hartnäckig, einen Zwischenfall planmäßig herbeigeführt zu haben; der Abend war aber als *„Generalabrechnung mit den Hakenkreuzlern"* angekündigt worden, die man mit freier Aussprache zahlreich heranlockte.[39] Die Sozialdemokratie war bereit, sobald eine Störung der Kundgebung eintreten sollte, die Offensive zu ergreifen, um auf diese Weise ihre Stellung in Eutin als eine wichtige politische Bewegung wieder zu verdeutlichen. Womit sie nicht gerechnet hatte, war der Widerhall, den dieser Entschluß entfachte.

Die brutalste Folge traf bereits am nächsten Vormittag Karl Broschko, Eutins sozialdemokratischen Abgeordneten im oldenburgischen Landtag und Reichsbannervorsitzenden in Ostholstein: Auf dem Marktplatz mitten in der Stadt wurde er plötzlich von einem halben Dutzend SA-Männern umzingelt, die ihn für den eigentlichen Antreiber der Saalschlacht hielten. In Windeseile, bevor seine Kameraden ihn befreien konnten, richtete man ihn so bösartig zu, daß Karl Fick, sein Parteikollege im Parlament, der anwesend war, den Vorgang in einem Telegramm an den Ministerpräsidenten von Oldenburg glatt als Mordversuch bezeichnete. Glücklicherweise konnte Broschko mit Hilfe einiger Reichsbannermitglieder seinen Peinigern noch entkommen. Es zeigte aber die jetzt herrschende Feindschaft zwischen der republikanischen Schutzorganisation und der Polizei, daß ihm von einem Beamten praktisch die Schuld an dem Überfall zugeschoben wurde; darüber hinaus seien seine Freunde absichtlich nicht schnell genug dazwischengetreten: *„Man war im Gegenteil scheinbar mit dem Verprügeln des Herrn Broschko einverstanden."* Angesichts dieser Einstellung der Behörden einem führenden Vertreter der Eutiner Sozialdemokratie gegenüber, überrascht es wenig, daß trotz einwandfreier Aussagen mehrere Zeugen nur ein einziger Nationalsozialist – nämlich: der berüchtigste und schon mehrfach vorbestrafte SA-Schläger und spätere Konzentrationslagerkommandant der Stadt – von Rechtsanwalt Böhmcker verteidigt – am Ende einer Reihe von Prozessen eine Strafe von vier Wochen Gefängnis erhielt (nach der ersten Instanz hätten fünf von Broschkos Angreifern für mehrere Monate hinter Gitter wandern, außerdem ihm eine beträchtliche Geldsumme zahlen müssen).

Sozialdemokraten waren verständlicherweise über diese Gerichtsentscheidung entsetzt. Ihre Zeitungen sprachen von einer *„gewollten oder ungewollten Sympathienahme für die Nationalsozialisten"* und noch beißender von *„gefesselter Justiz": „Gefesselt ist unsere Justiz durch tausend gefühlsmäßige und gesellschaftliche Bande, die sie an die Feinde der Republik bindet."*[40]

[39] AFL, 26.10., 21. und 26.11. 1930; und VZ, 29.11. 1930. Beispiele von früheren Zusammenstößen zwischen Leber und Nationalsozialisten: LVB, 18.10. 1929; Leber, Ein Mann, S. 120; Stadtarchiv Bremen, Abt. 1574, Nr. 257, Polizeibericht aus Oldenburg, 24.6. 1930, über eine Rede Lebers dort, in der er die Hitlerleute u. a. als *„Narren, Idioten und Räuberbande"* bezeichnete; Kreisleitung Lübeck der NSDAP (Hrsg.), Der NSDAP Kreis Lübeck. Werden und Wachsen – Die Kampfjahre, Lübeck 1935, S. 54, 56; und Beck, Leber, S. 122f.

[40] VZ, 4.12. 1930 *(„Wieder eine Nazi Perle")* und 6.8. 1931; SAE, Nr. 2480, Bericht der städtischen Polizei vom 17.12. 1930 betr. Schlägerei Broschko *(„das Vertrauen der Eutiner Polizei zum Reichsbanner... kann nur durch künftiges korrektes Verhalten"* wiederhergestellt werden); LVB, 28.3., 30.7. und 5.8. 1931; LAS, Abt. 355, Nr. 1206; NStAO, 136/2859; Diercks, „Kampf und Aufstieg", S. 86; und Stokes, Kleinstadt, S. 132–136. Karl Fick, der langjährige Vorsitzende des Landarbeiter-Verbandes im Landesteil Lübeck, starb kurz vor Kriegsende zusammen mit Willi Verdieck beim Untergang der Häftlingsflotte in der Lübecker Bucht; Karl Broschko überlebte das „Dritte Reich" als SA-Mann und NS-Parteimitglied – freilich gleichzeitig am Rande der sozialdemokratischen Widerstandsbewegung tätig. Siehe ebenda, S. 521, 554, 847–850; und Annedore Leber, Willy Brandt und Karl Dietrich Bracher (Hrsg.), Das Gewissen steht auf. 64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933–1945, Berlin und Frankfurt/Main 1956, S. 280f.

Der Beschluß paßte allerdings gut zu der allgemeinen Atmosphäre der Ablehnung, die die SPD als Folge der Saalschlacht zu spüren bekam. Nicht nur mußte sie für sämtliche Kosten der materiellen Schäden aufkommen, die im Schloßhotel bei der Schlägerei entstanden waren, sondern sollte auch eine Kaution in derselben Höhe (jeweils 800 Reichsmark) hinterlegen, wenn sie die gleichen Räumlichkeiten noch einmal benutzen wollte. Solche Summen lagen weit über den finanziellen Fähigkeiten des Ortsvereins, und deshalb mußte eine vom Reichsbanner schon bekanntgegebene Versammlung, auf der die nationalsozialistische Behauptung von einer am 27. November bewußt geplanten Strafaktion öffentlich widerlegt werden sollte, abgesagt werden. Dies bedeutete eine ernsthafte propagandistische Niederlage für die Partei: Allein die NSDAP war völlig frei, ihre Darstellung der Ereignisse in Wort und Schrift unter der Eutiner Bevölkerung zu verbreiten.

Die Nationalsozialisten wollten ebenfalls wissen, daß Sozialdemokraten von ihrer Führung zum Boykott der örtlichen Kaufmannschaft während der Weihnachtszeit als Quittung für die Wahlausgänge aufgefordert worden seien. Diese Beschuldigung, die dem Mittelstand aufgrund der Mitgliedschaft vieler sozialdemokratischer Familien im konkurrierenden Konsumverein plausibel schien und deswegen politisch wirksam wurde, lehnte die SPD als *„böswillige Verleumdung"* rundweg ab:

„Weder hat die Partei einen derartigen Beschluß gefaßt, noch sich überhaupt mit dieser Frage befaßt. Sie kann auch gar nicht derartige Beschlüsse fassen, weil ihre Mitglieder infolge ihrer Mittellosigkeit einfach nicht in der Lage wären, derartigen Beschlüssen nachzukommen."

Sollte sich die Beschuldigung trotzdem bewahrheiten, verlangte Böhmcker von den Arbeitgebern der Stadt, sie sollten Sozialdemokraten unter ihren Beschäftigten durch erwerbslose SA-Männer ersetzen. „Kauft am Ort" hieß seine Devise, und Dr. Saalfeldt fügte hinzu, daß

„es ganz selbstverständliche Pflicht aller Parteigenossen sei, die Eutiner Geschäftsleute ausschließlich durch Einkauf zu unterstützen. Wir Nationalsozialisten dächten nicht daran, uns in irgendeiner Form terrorisieren zu lassen."[41]

So oder so nutzte die NSDAP die Gelegenheit geschickt aus, um sich als zuverlässigster Verfechter mittelständischer Wirtschaftsinteressen anzubieten und damit ihre Anziehungskraft auf eine Schlüsselgruppe des Eutiner Wahlvolks noch zu verstärken.

Genau ein Jahr später, unter für die SPD noch ungünstigeren Umständen, führte eine ähnliche Hetzkampagne zu ihrem de facto Ausscheiden als ernstzunehmender politischer Faktor aus der Stadt. Erst dann traten die ganzen Folgerungen des Zusammenstoßes vom 27. November mit der Hitlerbewegung klar zutage.

Ihre Siege bei den Stadtrats- und Landesausschußwahlen, die der NSDAP zum ersten Male Vertreter in diesen Körperschaften bescherten, bedeuteten, daß sie nunmehr mit der Sozialdemokratie auf der gleichen Basis auch im Parlament

[41] AFL, 3., 5. und 19. 12. 1930; VZ, 3., 5. und 20. 12. 1930; und Stokes, Kleinstadt, S. 126, 128.

streiten konnte. In Zukunft standen sieben Nationalsozialisten fünf Sozialdemokraten und drei bürgerlichen Mitgliedern im Stadtrat gegenüber, während im Magistrat nur ein Vertreter der SPD zusammen mit zwei Hitleranhängern sowie zwei Deutschnationalen (einschließlich dem Bürgermeister, der der DNVP angehörte) saß. Dank der sehr stark von Arbeitern bevölkerten Industrievororte Lübecks im südlichen Landesteil zogen Sozialdemokratie und NSDAP mit je sieben Vertretern in den Landesausschuß ein; hinzu kamen drei Bürgerliche sowie ein Kommunist, die das Gleichgewicht hielten. Die Hitlerpartei war also in Eutin in einer vorteilhafteren Position, ihr Programm zu verwirklichen, als außerhalb der Stadt, während die SPD überall auf die Unterstützung von anderen Parlamentariern angewiesen war, wenn sie erfolgreich mit den Nationalsozialisten um die Wählergunst kämpfen wollte. Obwohl die Sozialdemokratie lediglich je ein Mandat in allen drei Körperschaften eingebüßt hatte, fand sie jetzt in der NSDAP einen wesentlich kompromißloseren Gegner als die vorherigen Abgesandten des Mittelstandes vor sich. Es hätte allerdings schlimmer sein können, wie ein anonymer *„Freund der Arbeiterschaft"* in einem Brief an die Eutiner Zeitung feststellte.

„Unser gut bürgerlich eingestelltes Beamtenstädtchen hat sich über Nacht besonnen und wählt proletarisch [d. h. SPD und NSDAP]. *Nun wird's ganz gewiß anders! Ob's wohl besser wird?? ... Und noch anders wäre es gekommen, wenn anstatt mit 7 die Nazis mit 8 Kandidaten in den Stadtrat einziehen würden, denn dann hätten sie die absolute Mehrheit und ohne Ausrede die ganze Verantwortung. Hier scheint der Glückstern mitgewaltet zu haben."*[42]

In beiden Vertretungskörperschaften gestalteten sich die Beziehungen zwischen Sozialdemokratie und Nationalsozialismus ähnlich. Zum einen versuchten die NS-Abgeordneten die Mitglieder der SPD von allen einflußreichen Stellen (Vorsitzender bzw. stellvertretender Vorsitzender) fernzuhalten, auch wenn Sozialdemokraten nach festem parlamentarischen Gebrauch durchaus Anspruch darauf erheben durften. Für diesen Zweck benutzte die NSDAP bürgerliche Partner, die zwar zuerst dazu neigten, eine zwanglose „antimarxistische" Koalition mit der Hitlerpartei einzugehen, aber bald erkannten, daß sie selber voraussichtlich die nächsten Opfer des nationalsozialistischen Diktaturstrebens sein würden. Deshalb gaben sie ihre Stimmen in der Regel, um eine ausreichende Präsenz von Sozialdemokraten – und umgekehrt – in allen Kommissionen zu erreichen, trotz Beschimpfungen (*„Kuhhandel"* u. dergl.) aus den Reihen der NSDAP. Dieses stillschweigende Bündnis der SPD mit liberal-konservativen Kräften diente dazu, fest etablierte Praktiken weiterzuführen, wie z. B. ausreichende Diäten für Abgeordnete zu zahlen (die Nationalsozialisten wollten solche Vergütung gänzlich streichen); die Zusammensetzung und Stärke des Beamtenkörpers im wesentlichen unangetastet zu lassen und Gewerbetreibenden, die als Parlamentarier dienten, zu erlauben, sich an öffentlichen Ausschreibungen zu beteiligen – von der NSDAP als *„Klüngelwirtschaft"* verurteilt.[43]

[42] Ebenda, S. 123–124; und AFL, 26. 11. 1930. Im Stadtrat entpuppte sich alsbald ein bürgerliches Mitglied – der Kreisleiter des „Stahlhelms" – als verläßlicher Mehrheitsbeschaffer für die NSDAP.

[43] Vielleicht akzeptierte die Sozialdemokratie diese in der Tat zweideutige Praxis als Gegenleistung für die Zustimmung der Bürgerlichen zu der Weiterzahlung eines bescheidenen Tagegeldes an alle Abgeordneten, die im Falle der SPD zumeist nicht in der Lage waren, auf diese Ersetzung des bei Parlamentssitzungen verlorengegangenen Einkommens zu verzichten. Siehe SAE, Nr. 3213, Protokolle der Sitzungen des Stadtrats am 1. und 22. 5. 1931.

Andererseits befand sich die Sozialdemokratie mit den Nationalsozialisten gegen die Bürgerlichen in bezug auf verschiedene Wohlfahrtsmaßnahmen im Einklang: den Bau von städtischen Wohnungen für ärmere Familien; die Bereitstellung staatlicher Zuschüsse, um Arbeitsplätze für Erwerbslose zu schaffen; die Streichung der unsozialen Kopfsteuer; die Ablehnung einer neuen Bier- und Alkoholsteuer, die in erster Linie die Arbeiterschaft treffen würde; Opposition gegen allzu drakonische Schritte der Verwaltung in Fällen von unverschuldeten Steuerrückständen; u. ä. m. SPD und Hitlerpartei waren aber entgegengesetzter Meinung in der Frage der Finanzierung solcher Programme: Wo Sozialdemokraten angesichts des sinkenden Einkommens des Staates für die Aufnahme von Krediten plädierten, lehnte die NSDAP eine Anleihepolitik strikt ab, mit der Begründung, daß diese nur dem Großkapital zugute käme. Da sie ebenfalls zusätzliche Steuererhebungen im Prinzip nicht bejahten (lediglich die Bestimmungen des verhaßten Youngplans hätten angeblich neue Abgaben nötig gemacht), stimmten Nationalsozialisten die Haushaltspläne auf allen Regierungsebenen regelmäßig nieder. Diese Einstellung kritisierte die Sozialdemokratie oft als unverantwortlich, unterstützte sie aber auch gelegentlich. Beide Parteien konnten sich einschneidenden Kürzungen in den sozialen Ausgaben des Staates um so leichter widersetzen, da sie wußten, daß im Falle der Zurückweisung durch die gewählten Volksvertreter der Etat von der Aufsichtsbehörde aufgrund von Notverordnungen des Reichspräsidenten unweigerlich in Kraft gesetzt werden würde.[44]

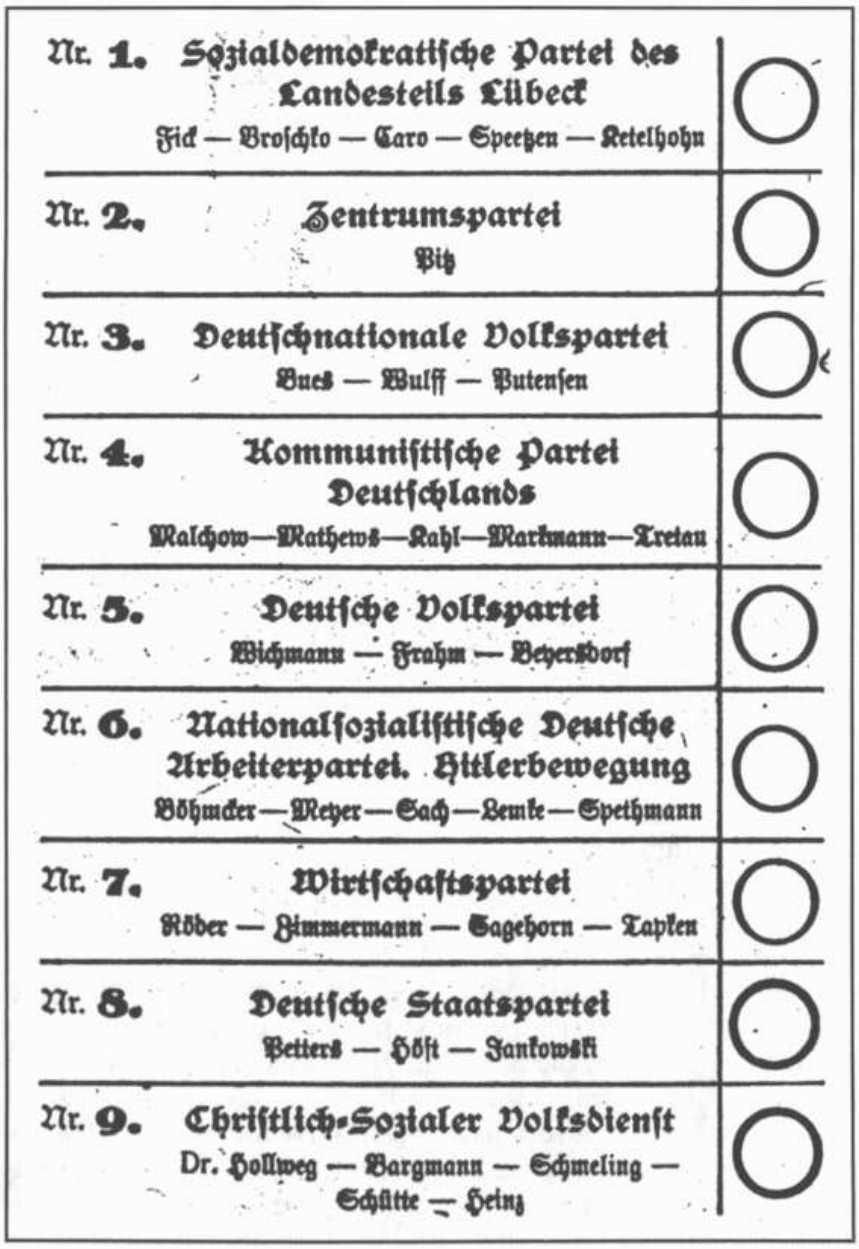
Auf offensichtliche Demagogie der NSDAP antworteten Sozialdemokraten mit Vernunft: Als zwei NS-Mitglieder des Stadtmagistrats in der Presse großzügig auf ihre Aufwandsentschädigung zugunsten der Gemeindekasse verzichteten und fragten, *„ob der Ratsherr der SPD sich diesem anschließen"* würde, erinnerte Paul Hensel sie daran, daß die Eutiner Regierung solche Zahlungen schon abgeschafft habe: *„Auf etwas zu verzichten, was ich doch nicht erhalte, das liegt mir nicht."* Noch schwerwiegender waren nationalsozialistische Angriffe persönlicher und politischer Art auf Bürgermeister Dr. Stoffregen und seinen deutschnationalen Stellvertreter, die die NSDAP mit ihren eigenen Leuten zu ersetzen beabsichtigte. Stoffregen verdiente vor allem wegen der standhaften Weigerung, seine Polizeibefugnisse in der Praxis an die SA abzutreten, die nach der Saalschlacht bis auf weiteres das Verbot von Kundgebungen des Reichsbanners in der Stadt ultimativ verlangte, das Lob der SPD: *„ein mutiges Wort des Bürgermeisters"* (VZ, 31. 1. 1931). Da die Nationalsozialisten gleichfalls mehrere städtische Arbeiter und Angestellte entlassen wollten, die sämtlich Anhänger der Sozialdemokratie waren, aber von dem Stadtoberhaupt als Magistratsmitglied geschützt wurden, verteidigte die SPD Stoffregen gegen seine Widersacher, obwohl er sich ihrer Politik im allgemeinen entgegenstellte.[45] Diese kluge Einsicht, den – grundsätzlich keineswegs sozialdemokratisch-freundlichen – Bürgermeister im Amt zu dulden, auch wenn er zur

[44] Siehe LAS, 399/6, Schreiben von der Regierung in Eutin an den Stadtmagistrat, 18. 8. 1931. Ein weiterer Grund, warum die SPD u. U. den Voranschlägen nicht zustimmte, war die Überzeugung, daß die zusätzlichen Lasten der Wirtschaftskrise nicht gerecht verteilt würden.

[45] Siehe die Verhandlungsberichte des Stadtrats und des Landesausschusses nachgedruckt in Stokes, Kleinstadt, S. 140–149, 186–194; auch derselbe, „Der Fall Stoffregen. Die Absetzung des Eutiner Bürgermeisters im Zuge der NS-Machtergreifung, 1928–1937", in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, 104 (1979), S. 256–258. Anfang November 1931 erzwang die NSDAP endlich den Rücktritt des stellvertretenden Bürgermeisters; trotz sozialdemokratischer Einwände war sein Nachfolger ein Nationalsozialist, und damit erhielten die Gefolgsleute Hitlers die entscheidende Mehrheit im Stadtmagistrat. Ebenda, S. 259.

anderen Partei gehörte, teilte die NSDAP nicht. Ihr Ziel blieb unverändert, trotz der Tätigkeit ihrer Vertreter im Parlament: nämlich, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die ganze Macht im Staate an sich zu reißen.

Die Landtagswahl vom Mai 1931 in Oldenburg schien der NSDAP die Chance zu bieten, erstmalig die Alleinkontrolle über eine Landesregierung zu gewinnen als Auftakt und Grundlage zur Eroberung von Preußen sowie dem übrigen Deutschland. Folgerichtig setzten die Nationalsozialisten viele ihrer besten Redner ein – u. a. wiederum Ludwig Münchmeyer, den Gauleiter von Thüringen und späteren Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Fritz Sauckel und sogar Hitler selber –, die vor großen Zuhörermengen in Eutin auftraten und versprachen, eine Kampagne *„mit äußerster Brutalität"* zu führen. Die Sozialdemokratie wurde wegen ihrer Tolerierungspolitik gegenüber dem Kabinett von Brüning, trotz seines drastischen Abbaus der Sozialleistungen, scharf angegriffen;



Nr. 1. Sozialdemokratische Partei des Landesteils Lübeck
Fick — Broschko — Caro — Speetzen — Ketelhohn

Nr. 2. Zentrumspartei
Pitz

Nr. 3. Deutschnationale Volkspartei
Bues — Wulff — Putensen

Nr. 4. Kommunistische Partei Deutschlands
Malchow—Mathews—Kahl—Markmann—Tretau

Nr. 5. Deutsche Volkspartei
Wichmann — Frahm — Beyersdorf

Nr. 6. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Hitlerbewegung
Böhmcker—Meyer—Sach—Lemke—Spethmann

Nr. 7. Wirtschaftspartei
Röder — Zimmermann — Gagehorn — Tapken

Nr. 8. Deutsche Staatspartei
Petters — Höft — Jankowski

Nr. 9. Christlich-Sozialer Volksdienst
Dr. Hollweg — Bargmann — Schmeling — Schütte — Heinz

Stimmzettel zur oldenburgischen Landtagswahl am 17. Mai 1931 (Stadtarchiv Eutin, Akte Nr. 614)

dies sei noch ein Beweis für den Verrat an der Nation durch die *„Scheinrevolutionäre"* von 1918. Und was die vermeintliche Absicht einer Hitlerregierung, im Einklang mit ihrem Parteiprogramm Privatbesitz zu enteignen, anging, *„niemals werde sich der Nationalsozialismus den marxistischen Grundsatz zu eigen machen, daß ‚Eigentum Diebstahl' sei."* Während die NSDAP den Landesteil zusätzlich mit SA-Aufmärschen und sonstigen Kundgebungen eindeckte, hielten die Sozialdemokraten eine einzige Versammlung in Eutin ab (der Redner war Max Brauer, Oberbürgermeister von Altona) sowie ein paar weitere in anderen Orten.

„Leider ist der Aufforderung der hiesigen Parteiinstanzen an die SPD-Reichstagsabgeordneten um Unterstützung in dem harten Kampf nur ungenügend Folge geleistet worden",
tadelte die sozialdemokratische Presse Schleswig-Holsteins; sie versicherte ihren Lesern aber, die NSDAP würde das zu hoch gesteckte Ziel einer Landtagsmehrheit doch nicht erreichen. Auch NS-Kreisleiter Dr. Saalfeldt drückte seine Überraschung aus, daß *„im Vergleich zu früheren Jahren"* die Wahlagitation der Sozialdemokratie *„sehr mäßig"* sei: *„Die SPD hielt sich auffallend zurück."*[46]

Am Tage der Abstimmung spitzten sich die schon während des Wahlkampfes von Nationalsozialisten systematisch betriebenen Störungen republikanischer Veranstaltungen weiter zu: Die SPD sah sich veranlaßt, beim Staatsministerium in Oldenburg Beschwerde einzulegen wegen des illegalen Transports von z. T. uniformierten NS-Mitgliedern aus Kiel und Umgebung nach Eutin, wo sie durch die Beherrschung der Straßen sowie die Aushändigung von unerlaubten Flugblättern die Wählerschaft einzuschüchtern und zu beeinflussen beabsichtigten. Obwohl der Innenminister anhand von Berichten des Bürgermeisters, der Polizei und der Eutiner Regierung zu dem Schluß kam, daß keine entscheidende Beeinträchtigung des Wahlvorganges geschehen sei – schließlich seien über 80 % der Stimmberechtigten zur Urne gegangen –, behauptete die Sozialdemokratie weiterhin, einige ihrer Anhänger seien doch beschimpft, beiseite geschoben und überhaupt terrorisiert worden durch Gruppen von auswärtigen SA-Leuten vor den Wahllokalen:

„Man scheint sich seitens der NSDAP der Tragweite dieser Handlungen nicht bewußt zu sein, denn wenn man hätte Notverordnungen [des Reichspräsidenten, d. Verf.] *von Seiten anderer Parteien überschritten und ein paar tausend Mann in den Landesteil hineingeworfen, dann wäre ein großes Blutvergießen unvermeidlich die Folge gewesen."*[47]

Unter diesen Umständen überrascht es kaum, daß die NSDAP zwei der drei Sitze aus dem Landesteil im Oldenburger Parlament gewann; die SPD behielt das übrige Mandat. Aber trotz 42 % der Stimmen dort (und damit der Spitzenleistung unter den drei Wahlkreisen des Freistaats) gelang es der Hitlerpartei nicht, auch in Koalition mit der DNVP, eine Regierung zu bilden. Statt dessen blieb ein von der Sozialdemokratie toleriertes Beamtenkabinett im Amt. In seinem „Lübecker

[46] AFL, 17. und 18. 4., 10., 12. und 13. 5. 1931; VZ, 25. 4. und 15. 5. 1931; SAE, Nr. 3238, Aufstellung betr. Propagandamärsche der SPD im Landesteil Lübeck, 30. 4. 1931; und Stokes, Kleinstadt, S. 155f., 166f., 170, 177.

[47] SAE, Nr. 3238 und LAS, RE/A Va 4, Berichte der städtischen Polizei bzw. der oldenburgischen Gendarmerie über Zusammenstöße zwischen Anhängern des Reichsbanners und der NSDAP bei Versammlungen in Haffkrug und Malente, 9. und 20. 5. 1931; LVB, 18. 5. 1931; AFL, 20. 5. 1931; NStAO, 136/2859, Aussagen von Eutiner Sozialdemokraten B. Behrends, O. Helm und Karl Broschko, 20. 5. und 27. 6. 1931; LAS, 355/1215; und Stokes, Kleinstadt, S. 180–183. Ein Strafantrag gegen Böhmcker und zwei Kieler Nationalsozialisten wegen Verstößen am Wahltage in Eutin gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen wurde schließlich von der Staatsanwaltschaft fallengelassen.

Volksboten" tröstete Julius Leber, daß in Eutin die Nationalsozialisten rund 120 Stimmen gegenüber dem Ergebnis der Landesausschußwahl vom November 1930 eingebüßt hatten, was *„vielleicht"* auf Hitlers Rede zurückzuführen sei:

„Die Eutiner hatten also Gelegenheit, den ‚nationalen Sozialismus' nicht nur aus geheimnisvoller weiter Ferne, sondern aus der Nähe zu besehen. Und das hat offenbar einige Ernüchterung herbeigeführt!"

Leber mußte dennoch zugeben, daß immer noch *„Nazi Mode"* sei und vornehmlich das Kleinbürgertum – das Rückgrat des Eutiner Wahlvolks – *„mit Pauken und Trompeten hinter Hitler her"* gehe.[48]

Die Erkenntnis, daß die Popularität der Sozialdemokratie – wie diese in den Wahlergebnissen zum Ausdruck kam – sowohl absolut als auch insbesondere proportional langsam, aber stetig abflaute, löste vor allem unter Reichsbanneraktivisten eine Krise des Vertrauens in die Führung der Arbeiterbewegung in Eutin aus. In seinem Bericht vom 21. Mai 1931 an die NS-Gauleitung über den Ausgang des gerade abgeschlossenen Wahlkampfes bemerkte Kreisleiter Saalfeldt:

„Auffallend war die ganze Tätigkeit und abwartende Haltung der SPD. Sie hatten sicher nicht mit einer derartigen Niederlage gerechnet. Nach Mitteilungen, die natürlich der absoluten Zuverlässigkeit bedürfen, soll es im hiesigen Reichsbanner an zu kriseln beginnen, da man nicht mehr mit den Führern einverstanden ist."

Solche Zwistigkeiten klangen unüberhörbar in der öffentlichen Selbstkritik von Sozialdemokraten über die Durchführung der Kampagne durch:

„Ein taktischer Fehler wurde begangen, indem man die Notverordnung [des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen, d. Verf.] *nicht genügend ausschöpfte."*

Mit anderen Worten, die SPD nutzte nicht einmal alle legalen Möglichkeiten aus, um den Nationalsozialismus niederzuringen. Noch verhängnisvoller waren Warnungen seitens des Reichsbanners, es sei *„nicht gewillt"*, die Betätigung der SA wie am Wahltage *„hinfort über sich ergehen zu lassen"*.

„Wenn man so die Geschehnisse der letzten Zeit, . . . vor allem in Eutin, betrachtet, so muß letzten Endes eine Explosion erfolgen, und die dürfte ganz verheerend wirken, wenn nicht staatlicherseits die Wege beschritten werden, die vorgeschrieben und notwendig sind."

In dieselbe Richtung zielte vor der Wahl eine Rede des Bundesführers Hörsing vor 3000 bis 4000 in Eutin versammelten Reichsbannerangehörigen aus ganz Schleswig-Holstein: Die republikanische Schutztruppe sei zwar pazifistisch eingestellt, jedoch wenn sie bedroht oder überfallen würde, sei sie bereit, *„mit gleichen Mitteln"* zu antworten.

„Und wenn es das Wohl des deutschen Volkes verlangen sollte, werden wir nicht zögern, es von diesem hochgezüchteten Banditentum gründlich zu befreien."[49]

Und es blieb nicht bei verbalen Kraftakten. Schon im Frühjahr 1931 erhielt der technische Leiter des Eutiner Reichsban-

[48] VZ, 18. 5. 1931; LVB, 19. 5. und 1. 6. 1931; Schaap, Freistaat Oldenburg, S. 150–151; Stokes, Kleinstadt, S. 179; Leber, Ein Mann, S. 72–73; und Beck, Leber, S. 125; *„Die lässige Formulierung . . . verdeckte nur unzulänglich die trotz aller sozialdemokratischen Erfolgsmeldungen spürbar vorhandene Angst vor weiteren Erfolgen der Nationalsozialisten."*

[49] VZ, 2. 2. 1931; AFL, 5. 2. und 22. 5. 1931; und Stokes, Kleinstadt, S. 182, 185, 186.

ners, Otto Bünning, der für die Heranschaffung der während der „Leber"-Saalschlacht verwendeten Holzkeulen verantwortlich zeichnete, eine dreimonatige Gefängnisstrafe als Folge des Versuchs seiner Formation, durch Steinwürfe eine nationalsozialistische Veranstaltung in Sarau (Redner: Dr. Saalfeldt) zu sprengen. Dies war nur eine ihrer Methoden, gegnerische Versammlungen zu stören bzw. die Zahl ihrer Zuhörer zu verringern. (Harmloser, aber durchaus effektiv zeigte sich die Taktik, an einem Ort, wo ein Nationalsozialist sprechen wollte, zuerst Flugblätter gegen den Faschismus unter der Einwohnerschaft zu verteilen und danach – um sie weiterhin abzulenken – einen eigenen Propagandamarsch durchzuführen.) Rüpeleien waren keinesfalls einseitig: Am Tage des Auftritts von Hitler in Eutin riß die SA die Mützen und Abzeichen von einem dutzend Reichsbannermitgliedern ab und warf sie weg; einige erlitten gleichzeitig leichte Mißhandlungen. Gesellschaftliche Anlässe (Tänze usw.) sowie rein zufällige Begegnungen auf der Straße zwischen Anhängern der beiden Parteiformationen endeten häufig in Faustschlägen und mehr oder minder schweren Verletzungen, trotz wiederholter Mahnungen ihrer Führer, Disziplin zu bewahren und die Gesetze zu beachten. Die zahlenmäßig schwachen und schlecht ausgerüsteten Polizeikräfte des Landesteils machte man für die zunehmenden Gewalttätigkeiten verantwortlich; umgekehrt hielten die Behörden die verschiedenen politischen Gruppierungen einschließlich der kleinen KPD hieran für schuldig. Auch der Propagandakrieg hörte nicht auf. Sozialdemokraten:

„Die ... mit dem sogenannten Arbeiterführer Hitler [in der ‚Harzburger-Front' verbundenen] Schlotbarone ... wollen nichts weniger und nichts mehr, als das deutsche Volk in neue Inflation und neues Elend stoßen. ... Es ist das Wesen einer Inflationspartei, daß sie in einer Zeit allgemeiner Verelendung mit öden Phrasen die Gehirne unpolitischer Menschen zu umnebeln vermag."

Nationalsozialisten erwiderten:

„Die verbonzte und reaktionäre SPD vermag ihrem jugendlichen Nachwuchs keine Hoffnung mehr zu schenken, weil ja dieser Staat selbst keine Zukunft mehr hat. Nur noch ein paar Monate, dann gehören Marxismus und Sozialdemokratie einer überwundenen Zeit an!"[50]

In dieser von gegenseitigen Klagen und Gewaltanwendung gekennzeichneten Stimmungslage, als Sozialdemokraten immer mehr daran zweifelten, die Hitlerbewegung sei allein mit der herkömmlichen Waffe der politischen Überzeugung aufzuhalten, fanden die unheilvollen Ereignisse statt, die letzten Endes die Niederlage der SPD in Eutin auf Jahre hinaus besiegelte.

Der Tod des SS-Mitglieds Karl Radke am Abend des 9. Novembers 1931 während eines Umzuges von 300 Reichsbannerangehörigen und anderen Sozialdemokraten durch die Straßen Eutins zur Erinnerung an die Revolution von 1918, versetzte der dortigen Arbeiterbewegung einen derartigen Schlag, daß sie sich davon nie erholen konnte.[51] Obwohl der Täter, der

[50] AFL, 25. und 29. 3., 21. 7., 2., 11., 13., 19. und 20. 8., 7., 21. und 29. 10. 1931; VZ, 24. 6., 3., 10., 14. und 15. 8., 23. und 24. 9., 19. 10. 1931; LAS, Abt. 309, Nr. 2270, Aussage von Otto Bünning, ca. 1. 4. 1931; ebenda, RE/A XVc 18, Beschwerde der NSDAP, 23. 6. 1931; ebenda, 399/6, Politisches Tagebuch von J. H. Böhmcker, Eintragung vom 11. 8. 1931; und Stokes, Kleinstadt, S. 151, 153, 165, 196, 198f., 202f., 211–214, 220–222. Beweise für ein Zusammengehen von Sozialdemokraten mit dem kommunistischen „Kampfbund gegen den Faschismus" gibt es in bezug auf Eutin – im Gegensatz zum südlichen Landesteil Lübeck – nicht.

[51] Folgende Darstellung faßt die detaillierte Untersuchung des Verfassers: „Der Fall Radke. Zum Tode eines nationalsozialistischen ‚Märtyrers' und die Folgen in Eutin, 1931–1933", in: Erich Hoffmann und Peter Wulf (Hrsg.), „Wir bauen das Reich". Aufstieg und erste Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, Neumünster 1983, S. 41–72, zusammen; siehe auch die Dokumentenauswahl in derselbe, Kleinstadt, S. 222–240.

Radke mehrmals in den Rücken gestochen und ihn sterbend im Rinnstein des Marktplatzes liegengelassen hatte, vor der NS-Machtübernahme nicht identifiziert wurde (der Mann, der 1933 wegen des Verbrechens verurteilt wurde, war womöglich unschuldig), kam er höchstwahrscheinlich aus den Reihen des Reichsbanners. Allen voran Mitglieder der „Schufo" (= Schutzformation, eine nach September 1930 als Gegenstück zur SA aufgestellte Sondereinheit von jüngeren und kräftigeren Anhängern), die den Befehl zum Eingreifen gegen eine Gruppe von Nationalsozialisten erhielten, weil diese die Teilnehmer des Zuges – darunter viele Frauen und Kinder – belästigt und zurückgedrängt hatte, trugen Ochsenziemer, Handstöcke sowie verschiedene Messer verborgen bei sich. Die Leiter der Truppe bestritten ganz energisch, daß sie wußten, daß ihre Männer solche Gegenstände mitführten; fast sämtliche Waffen wurden gleich nach der Tat schnell eingesammelt und später heimlich in den Großen Eutiner See geworfen, um eine Beschlagnahme durch die Polizei zu vereiteln. Außerdem gibt es keine Beweise für die Behauptung der Nationalsozialisten, die Tötung von Radke sei sorgfältig im voraus etwa als Vergeltung für frühere Zusammenstöße der beiden Kontrahenten geplant worden.

Tatsache ist, daß angesichts solcher Ereignisse mehrere Mitmarschierende meinten, sie müßten irgendeine Waffe zum Zweck der Selbstverteidigung tragen. Aus der Sicht des damals anwesenden Jungbannerführers Adolf Buhrke waren sie politisch nicht gründlich genug ausgebildet, um die ganze Gefährlichkeit dieser Entscheidung zu begreifen. Darüber hinaus war aber das Reichsbanner fest entschlossen, seine Angehörigen mit den nötigen Machtmitteln zu schützen und damit den Zweck ihrer Gründung zu erfüllen. Wie der Gauvorsitzende von Schleswig-Holstein, Richard Hansen, zwölf Monate vorher auf Kundgebungen feierlich versichert hatte, würden *„alle auf republikanische Führer oder Mitglieder gerichteten gewaltsamen Angriffe im Keime"* erstickt.

„Wir werden daher in Zukunft in jedem solchen Fall rücksichtslos von unserer Stärke und Geschlossenheit Gebrauch machen. Wir denken nicht daran, die Straße den undisziplinierten Banden von links und rechts zu überlassen."[52]

Dieses Klima des kaum verdeckten Bürgerkriegs in Deutschland nach 1929/30 führte fast zwangsläufig zur Tragödie von der Art, wie sie in jener Novembernacht in Eutin passierte.

Die Tötung Radkes löste eine gegen das Reichsbanner gerichtete Welle der Einschüchterung und Unterdrückung von seiten der NSDAP und der Eutiner Behörden aus, deren Ziel es war, die Sozialdemokratie auf Ortsebene endgültig auszuschalten. Ohne überhaupt das Ergebnis der staatsanwaltschaftlichen Untersuchung des Falles abzuwarten, erklärten übereinstimmend Bürgermeister Stoffregen und die städtische Polizei, deren Beamten wiederum am 9. November von Reichsbannerleuten mit Tätlichkeiten bedroht worden waren, daß die Schutztruppe der Republik für den blutigen Ausgang des Abends die alleinige Schuld zu tragen hätte. Die Nationalsozia-

[52] AFL, 26. und 28. 10. 1930; Stokes, „Fall Radke", S. 46, 50, 52, 67–72; Rohe, Reichsbanner, S. 365ff., 372ff.; und Interviews mit Adolf Buhrke, Hamburg, 14. und 21. 1. 1975. Zur Tätigkeit des Jugendpflegers und Berichterstatters der sozialdemokratischen Presse Buhrke (Böhmcker: einer der *„übelsten Marxisten"* im Landesteil Lübeck): Stokes, Kleinstadt, S. 243f., 553, 651f. Neben Radke, dessen Körper viele Stichwunden aufwies, erhielten am 9. November neun weitere Personen – sechs davon Nationalsozialisten – z. T. erhebliche Verletzungen. Siehe die Namensliste der städtischen Polizei vom 15. 12. 1931 sowie ihren amtlichen Bericht vom 14. 1. 1932 in SAE, Nr. 3237 und 1674; und LAS, Abt. 352, Nr. 463.

listen Saalfeldt und Böhmcker (letzterer war zugleich Radkes SA-Führer und Hauswirt), zusammen mit ihrer Parteipresse, verurteilten noch zorniger den *„bestialischen Mord"* und schworen Rache gegen die *„Volksverräter"* im Reichsbanner, die sich dem *„deutschen Freiheitskampf"* entgegenstellten:

„Ich [Böhmcker, d. Verf.] *erkläre ausdrücklich, alle Mittel sind uns recht. ... Wir wollen keine Gewalttaten, aber wir verleugnen nicht die Stimme unseres Blutes! ... Die NSDAP hat jetzt die Absicht, fest durchzugreifen, um neue Mordgelüste zu vereiteln. ... Nicht ein lauer Wind, sondern ein Orkan muß durch Eutin brausen, das Übel muß an der Wurzel gefaßt werden."*

Konkret verlangten sie, daß die Stadt alle ihre Bediensteten, *„die zur entscheidenden Begünstigung politischer Verbrechen beitragen und damit die Mitbürger an das Messer mitliefern helfen"*, unverzüglich entlasse und auch das Vereinslokal der Eutiner Arbeiterbewegung als *„Brutstätte der Ausschreitungen"* schließe. *„Nationale"* Arbeitgeber sollten sämtlichen Angehörigen des Reichsbanners kündigen, wenn sie ihren Austritt nicht schriftlich bekräftigten. Sozialdemokraten sollten sogar von der Allgemeinheit geächtet und aus der städtischen Lebensgemeinschaft entfernt werden: *„Mitglieder dieser Mordorganisation dürfen von wirklichen Deutschen nicht mehr begrüßt werden."*

In dieser Geistesverfassung streiften SA-Einheiten durch Eutin, um Sozialdemokraten aufzuspüren und zu terrorisieren. Insbesondere die Reichsbannerführer Leiboldt und Buhrke erhielten Todesandrohungen und mußten die Stadt zeitweilig verlassen, da die Polizei sonst nicht für ihre Sicherheit bürgen wollte. Ihre Beteuerungen der Unschuld an einem planmäßigen Überfall auf Radke wurden von der Öffentlichkeit in Zweifel gezogen aufgrund eines schweren taktischen Fehlers: Ohne in Eutin vorher anzufragen, schickte die Gauleitung in Kiel insgeheim mehrere z. T. bewaffnete Männer aus der Lübecker Formation vorübergehend dorthin, um in Ermangelung staatlicher Schutzvorkehrungen ihren Kameraden beizustehen. Sie wurden jedoch sofort entdeckt und festgenommen, vor ein Schnellgericht gestellt und zu Gefängnisstrafen bis zu je neun Monaten verurteilt.

Nach diesem Fiasko schritten die Stadtverwaltung und Privatfirmen dazu, den Forderungen der NSDAP nachzukommen. So verlor ein langgedienter sozialdemokratischer Angestellter der Städtischen Betriebswerke seine Stellung, weil er bei der Unterbringung der Reichsbannerverstärkung aus Lübeck geholfen hatte; dasselbe Schicksal erfuhr ein junger Schriftsetzer des Eutiner Struve-Verlags, der als Umzugsteilnehmer am Unglücksabend mit einem Taschenmesser entdeckt worden war. Trotz energischen Einspruchs ihrer Gewerkschaften erhielten beide ihre Arbeitsplätze nicht zurück, die nun für nationalsozialistische Bewerber frei waren. Das Tagungslokal der Sozialdemokratie, das Hotel „Stadt Kiel", wurde ebenfalls bis zum Jahresende 1931 polizeilich geschlossen; und als man durch Ausweichen in andere Räumlichkeiten dieser Maß-

nahme entging, versuchten die Nationalsozialisten dies mittels wirtschaftlichen und moralischen Drucks auf alle Gasthaus-Besitzer der Stadt zu unterbinden.

Nicht genug, daß mit – oft rechtlich fragwürdiger – Unterstützung der örtlichen Behörden die NSDAP sozialdemokratische Kundgebungen für einige Wochen verhinderte und damit die Partei weitgehend zum Schweigen brachte: Der Stellvertreter des Bürgermeisters (seit November 1930 ja ein Nationalsozialist) entschloß sich, den Berichterstatter Buhrke aus Sitzungen des Stadtrats mittels Polizeigewalt entfernen zu lassen, und zwar mit der Begründung, seine Artikel über städtische Angelegenheiten enthielten angeblich *„sinnentstellende Lügen"*. Diese Posse endete mit einer Rüge seitens der Regierung in Oldenburg für den Stadtmagistrat, der in unzulänglicher Weise die verfassungsmäßig verbriefte Versammlungs- und Pressefreiheit der SPD und ihrer Vertreter beeinträchtigt habe.[53]

Für die Sozialdemokratie wirkte sich diese Hetz- und Verleumdungskampagne verheerend aus. Unter der Bevölkerung Eutins steigerte die propagandistische Ausschlachtung der Beerdigungsfeierlichkeiten für Radke die Sympathie für die Sache der NSDAP ganz erheblich: es sprachen Gauleiter Lohse und der Landesprobst der evangelischen Kirche Kieckbusch in Anwesenheit von Hunderten von Nationalsozialisten sowie Abgesandten fast jedes national-patriotischen Vereins der Stadt. Die SPD verwarf man als akute Gefahr der öffentlichen Ordnung. Diese Einstellung, durch die Überführung mehrerer Beteiligter an der Straßenschlacht wegen zumeist geringfügigerer Gesetzesübertretungen verstärkt, endete damit, daß die Mehrheit der noch verbliebenen nichtsozialdemokratischen Mitglieder des Reichsbanners ihm den Rücken kehrte. Einige Arbeiter taten dasselbe, um nicht in das Heer der Beschäftigungslosen eintreten zu müssen. Karl Broschko nahm einen neuen Posten in Hamburg auf und verlegte diskret seinen Wohnsitz von Eutin dorthin. Der neueingesetzte Bundesführer des Reichsbanners Karl Höltermann verbrachte eine Woche in der Stadt, wo er Leiboldt wegen seiner Entscheidung, auf dem Höhepunkt der Krise auszuweichen, als Ortsleiter absetzte.

Innerhalb der Sozialdemokratie sank aufgrund der Erfahrung in Eutin das Vertrauen in die Bereitschaft staatlicher Stellen, sich gegen den Vormarsch des Faschismus zu wehren, oder aber den Bürgern, die dasselbe taten, loyal beizustehen.

„Der Staat, der seine Feinde so behandelt wie die Republik ihre Nazis, ist der Freunde nicht würdig, die sich für ihn einsetzen und Leben und Freiheit opfern!"

Schließlich war es die Hitlerpartei, die den jetzt vorherrschenden Kriegszustand in Deutschland eingeführt hatte. Angesichts dieser Tatsachen versetzte die *„selbstmörderische Objektivität"* der Justizeinrichtungen, wenn es um politische Delikte ging, der Moral der SPD einen schweren Schlag: Sie durchblickte die Strategie ihrer Feinde, ohne gegen diese einen wirkungsvollen Widerstand leisten zu können.

„Die Nazis setzen sich über die Organe und die Gesetze der Staatsgewalt glatt hinweg, und da von dieser Seite her die genü-

[53] SAE, Nr. 3234 und 3238, Berichte der städtischen Polizei vom 12. und 20. 11., 3. 12. 1931, 17. 5. 1932; und LAS, 355/130; ansonsten: Stokes, Kleinstadt, S. 222–230 und derselbe, „Fall Radke", S. 49–60. Die bürgerliche Presse, beispielsweise das in Plön erscheinende „Ostholsteinische Tageblatt", schlug in dieselbe Kerbe wie die Nationalsozialisten mit der Überschrift: *„Reichsbanner feiert Revolution mit Messerstichen und Mord"* u. ä. m.

gende Abwehr kaum in Aktion tritt, provozieren die SA-Banden den republikanischen Staatsbürger in der Hoffnung, daß er sie angreifen und mit der gleichen Münze heimzahlen werde, mit der ihm begegnet wird. Dann hätten sie den gewünschten Erfolg, dann könnten sie von den ‚Bluttaten des angreifenden Reichsbanners' reden, dann könnten sie sich in Schafsfell hüllen und ganz so tun, als seien sie ein Klub harmloser Überfallener. . . . Die Absicht der Nazis ist, . . . mit ihren Verletzten oder Getöteten moralischen Eindruck in der Öffentlichkeit zu schinden."

Sollte der Staat nicht tatkräftig durchgreifen, müßte die Sozialdemokratie trotz ihrer Tradition, in Auseinandersetzungen mit ideologischen Gegnern auf Gewalt zu verzichten, ihre Belange mit rechtswidrigen Maßnahmen schützen. Das Hauptorgan des Reichsbanners beteuerte, es würde

„nicht ruhig zusehen, wenn die Nationalsozialisten den Versuch machen sollen, in ganz Deutschland in der Art zu hausen, von der sie uns in Eutin . . . einen Vorgeschmack gegeben haben."

Die Schlußfolgerung des Blattes fiel allerdings wesentlich vorsichtiger aus:

„Man findet bei diesen Eutiner Vorkommnissen eine geradezu erschreckende Übereinstimmung mit jener Taktik, die der italienische Faschismus vor der Machtergreifung in Italien befolgte. Sie ist ganz eindeutig auf Einschüchterung der Behörden und der staatstreuen Bevölkerung eingestellt. Ob sie zum Erfolge führt, darüber entscheidet einzig und allein die Frage, ob sich Staat und Republikaner wirklich einschüchtern lassen. Mit allem Ernste müssen wir jetzt an die zuständigen Stellen . . . die Frage richten, ob sie gewillt sind, vor diesem Kampfe der Nationalsozialisten zu Kreuze zu kriechen? . . . Ja oder nein?"[54]

Die Antwort, sowohl von der SPD als auch von der deutschen Republik, gaben der 20. Juli 1932 bzw. der 30. Januar 1933.

Während die Umstände und Auswirkungen des Todes von Karl Radke die Sozialdemokratie in Eutin demoralisiert und hilflos ihren Feinden auslieferten, gewann die NSDAP ein Propagandainstrument – nämlich: einen „Märtyrer" –, das ihr für Jahre hinaus dienen konnte. Zweifellos trug dieser Kult mit zu der nunmehr rapiden Zunahme der Hitlerbewegung bei: Innerhalb von drei Monaten nach dem November 1931 nahm die Eutiner NSDAP mehr Mitglieder auf als in irgendeiner vergleichbaren Zeitspanne vor der Machtergreifung. Ein noch weiter reichendes Ergebnis des Falles kann man in dem Ausgang der drei Wahlkampagnen des Frühjahrs 1932 erblicken. An deren Ende hatten die Nationalsozialisten eine sichere Mehrheit der Stimmberechtigten hinter sich gebracht, und J. H. Böhmcker befand sich als Regierungspräsident des oldenburgischen Landesteils Lübeck im Amt. In diesen Wahlkämpfen – zwei für die Reichspräsidentenschaft, der andere noch einmal zum Landtag – verhielt sich die SPD fast durchweg defensiv. Vor der Abstimmung in Oldenburg kritisierte die Eutiner Partei die Einführung des sogenannten „Freiwilligen Arbeitsdienstes" unter maßgeblicher NS-Beteiligung, auch das Benehmen des Leiters der städtischen Jugendherberge (eines

[54] VZ, 13., 16., 19. und 26. 11. 1931; Das Reichsbanner, Magdeburg, 28. 11. 1931; Diercks, „Kampf und Aufstieg", S. 97–98; Stokes, „Fall Radke", S. 53f., 56, 59, 61–66; und derselbe, Kleinstadt, S. 233–240. Trotz ergebnisloser Beschwerden des SPD-Vorstandes bei Präsident von Hindenburg, Kanzler Brüning und den Innenministern des Reiches und Preußens über den nationalsozialistischen Terror in Eutin, der angeblich an die Räuberbanden des Mittelalters erinnerte, wollte die Partei doch nicht alle Hoffnung aufgeben: *„Man weiß, daß es noch Recht gibt. Wie sich die Staatsgewalt augenblicklich in Eutin verhält, ist schon rein verstandesgemäß nicht lange tragbar. Es ist einfach unmöglich, daß Staatsgewalt und staatsfeindliche Organisation auf lange Sicht gemeinsam arbeiten. Es gibt Punkte, wo sie sich trennen müssen."* LVB, 24. 11. 1931; und VZ, 12. 12. 1931.

eifrigen Nationalsozialisten), der angeblich junge Sozialdemokraten wegen politischer Differenzen aus ihren Räumlichkeiten ausgeschlossen hatte. Im Landesparlament half die Sozialdemokratie, ein beabsichtigtes Koalitionskabinett der DNVP und der NSDAP zweimal zu Falle zu bringen, wonach letztere einen Volksentscheid, um Neuwahlen des Landtags zu erzwingen, einleitete.[55] Damit hörte aber die aktive Politik der SPD beinahe vollständig auf. Diesmal verlief die ‚Wahlschlacht' im großen und ganzen störungsfrei, bis auf einen Überfall auf den Vorsitzenden des Eutiner Gewerkschaftskartells, Karl Ullrich, durch eine Gruppe von Nationalsozialisten – als Vergeltung für ein ähnliches, von Reichsbannerleuten verursachtes Vorkommnis am selben Abend in Timmendorfer Strand.[56] Ein wesentlicher Grund für ihren verhältnismäßig ruhigen Verlauf war die ausgesprochene Zurückhaltung der SPD. Abgesehen von einer Massenkundgebung (die letzte dieser Art bis nach 1945) mit rund 4000 ihrer Anhänger am 22. Mai 1932 auf dem Marktplatz der Stadt – Referent war der noch amtierende Reichstagspräsident Paul Löbe –, galten alle übrigen Veranstaltungen des Reichsbanners und der „Eisernen Front" als geschlossen; nur Mitglieder dieser Organisation hatten Zutritt. Ansonsten schickte die Partei nunmehr Diskussionsredner auf NS-Versammlungen sowie einen Lautsprecherwagen im Landesteil herum, der mit Schallplatten und Flugblättern die Bevölkerung erreichen sollte. Als ein Nationalsozialist aus Weimar in agitatorischer Weise die Sozialdemokratie der Korruption bezichtigte, versuchte sie ihm den Auftritt in Eutin behördlicherseits verbieten zu lassen, jedoch erfolglos. Auf den Vorwurf der NSDAP, das Eintreten der SPD für die Wiederwahl von Hindenburgs bedeutete die Fortführung der unwirksamen Wirtschaftspolitik des Kabinetts Brüning, antworteten Sozialdemokraten, daß die Hitlerpartei zwar die Macht im Staate verlange, aber ohne dem Volk ihr tatsächliches Vorhaben zu erläutern. Daraufhin stellten die Nationalsozialisten Eutins einige Einzelheiten ihrer Pläne dar: erhöhte Unterstützung für Kriegsopfer und die Landwirtschaft, die Reduzierung von Verwaltungskosten durch Kürzungen der Gehälter der Ministerialbürokratie und dergleichen mehr. Die Wählerschaft quittierte diese Versprechungen mit 56,5 % ihrer Stimmen für die NSDAP, der damit zu der Alleinbildung der Regierung in Oldenburg – erstmalig auf Landesebene – verholfen wurde.[57]

Für Eutin begann das „Dritte Reich" also mehr als ein halbes Jahr vor Hitlers Ernennung zum Reichskanzler.

Die Monate zwischen Böhmckers formaler Amtsübernahme im Juli 1932 und dem 30. Januar 1933 gewährten der Sozialdemokratie sowie den anderen politischen Parteien Eutins einen kleinen Vorgeschmack auf die kommende totalitäre Diktatur des Nationalsozialismus in ganz Deutschland. Die SPD und ihre angeschlossenen Organisationen erlebten ein bisher unbekanntes Maß an Unterdrückung, die ihren Höhepunkt vor der Reichstagswahl am 31. Juli mit fast täglichen Überfällen auf Sozialdemokraten und kurz danach in einem nächtlichen Brandangriff auf die Abgabestelle des Konsumvereins in der

Karl Ullrich, Vorsitzender des Gewerkschaftskartells und Mitglied des Stadtrats von 1928–33 in Eutin, umgekommen 1944 im KZ Neuengamme

[55] Schaap, Freistaat Oldenburg, S. 155ff., 176f.; Stokes, „Fall Radke", S. 66–67; und derselbe, Kleinstadt, S. 242–245. Zum steilen Mitgliederzuwachs der Eutiner NSDAP unmittelbar nach der Tötung Radkes siehe ebenda, S. 295–297; und meinen Aufsatz „The Social Composition of the Nazi Party in Eutin, 1925–32", in: International Review of Social History, 23 (1978), S. 20f., 27.

[56] Beide Seiten schoben sich gegenseitig die Verantwortung für diese Zusammenstöße zu. Siehe die Beschwerde der NSDAP an das Kabinett gegen angebliche Gewalttaten des Reichsbanners im Landesteil Lübeck *(„ohne Frage die Gewitterecke in Oldenburg")* sowie dessen Erwiderung in: Nachrichten für Stadt und Land, Oldenburg, 9.2. 1932; LVB, 8., 19. und 25.2., 14.3. 1932; und Stokes, Kleinstadt, S. 245, 265–267, 280, 283f. Kurz vor Kriegsende kam Karl Ullrich als einziger Eutiner Sozialdemokrat im Konzentrationslager (Neuengamme) ums Leben. Ebenda, S. 979f.; und Otto Rönnpag, „Politischer Opfergang 1944. Gedanken an den Eutiner Stadtverordneten Carl Ullrich", in: Blätter für Heimatkunde, Eutin, September 1985.

[57] SAE, Nr. 3238, Anzeige bei der Polizeibehörde von der (letzten) Versammlung Julius Lebers in Eutin am 3.2. 1932 sowie SPD-Flugblätter „Schlagt Hitler!" und „Land- und Forstarbeiter wählen Hindenburg!"; ebenda, Nr. 3237, Schreiben des Stadtmagistrats an das Eutiner Reichsbanner, 2.4. 1932; LVB, 19.2., 5.3., 4.4., 14. und 19.5. 1932; AFL, 17.4. 1932; VZ, 23.5. 1932; NStAO, 136/2869; Schaap, Freistaat Oldenburg,

Schlagt Hitler!

WER

soll der neue Präsident der deutschen Republik werden?

Auf keinen Fall: Adolf Hitler

Die Reichspräsidentenwahl ist eine **Volkswahl, ein Akt der Demokratie.** Adolf Hitler ist Gegner der freien Volksherrschaft, Anhänger der Diktatur — also kann er nicht zum Leiter eines demokratischen Staates freier, gleichberechtigter Bürger gewählt werden.

Die Reichspräsidentenwahl ist die Wahl des obersten Hüters der Verfassung. Adolf Hitler ist **Gegner** dieser Verfassung — also kann er nicht ihr **Hüter** sein. Adolf Hitler ist **wegen Hochverrats gegen die Republik vorbestraft** — also kann er nicht Präsident dieser Republik werden!

Die Reichspräsidentenwahl ist die Wahl einer **überragenden Persönlichkeit,** deren politisches und menschliches Ansehen über die Grenzen einer Partei hinausreichen muß. Adolf Hitler, der **Parteibuch-Gendarm von Hildburghausen,** der **Parteibuch-Professor von Braunschweig,** ist keine überragende Persönlichkeit, sondern nur noch **eine komische Figur.** Darum kann er nicht deutscher Reichspräsident werden. Das widerspricht der Würde des Amtes, das widerspricht dem Ansehen des Volkes, das hieße Deutschland dem Gelächter der ganzen Welt ausliefern.

Auf keinen Fall: Ernst Thälmann

Für den Kandidaten der Kommunistischen Partei gilt das gleiche: es wäre politischer Irrsinn, einen geschworenen **Feind** der Demokratie zum obersten **Hüter** der Demokratie machen zu wollen. Die Wahl Thälmanns ist aber auch deshalb sinnlos, weil sie völlig **aussichtslos** ist. Die erforderliche Mehrheit bekommt er natürlich nicht; die für ihn abgegebenen Stimmen sind ungültig, d. h. es sind in ihrer praktischen Wirkung Stimmen für den Kandidaten des Faschismus:

Wer Thälmann wählt, wählt Hitler!

Stadt erreichte. Bei den Tätlichkeiten einzelnen Anhängern der SPD gegenüber zielten die Nationalsozialisten mit Vorliebe auf das „Dreipfeile"-Abzeichen der „Eisernen Front", das von den Windjacken auch älterer Mitglieder gewaltsam entfernt wurde.[58] Die Verwüstung des Genossenschaftsgebäudes, die vermutlich von entlassenen SA-„Hilfspolizisten" ausgeführt wurde, aber zum Glück keinen Schaden an Menschenleben brachte, gehörte zu einer Reihe solcher Aktionen im Spätsommer 1932 gegen u. a. Warenhäuser und Synagogen in Schleswig-Holstein. Da die Lübecker Firmenleitung aber nicht beweisen konnte, daß das Verbrechen politisch motiviert war, erhielt sie keine Entschädigung von der Regierung aus dem Aufruhropfer-Fonds.[59]

Diese Einschüchterung, auch die zunehmend durch die ununterbrochenen Wahlkämpfe knapper gewordenen Geldquellen der Partei, trugen mit dazu bei, daß die SPD ihre Proteste über die gesetzeslosen Zustände im Landesteil Lübeck hauptsächlich auf gerichtliche und schriftliche Wege beschränkte. Der schleswig-holsteinische Bezirk war so arm geworden, er konnte kaum Versammlungen zur Aufstellung von Kandidatenlisten abhalten; aus derselben Erwägung mußte die Sozialdemokratie in erster Linie auf billigere Flugblattpropaganda zu den Wahlen zurückgreifen. Nichtsdestoweniger befand sie sich unzweideutig in der Opposition zum Regiment Böhmckers. Beispielsweise widersetzten sich sozialdemokratische Vertreter im Stadtrat und Landesausschuß, manchmal allein, aber auch oft zusammen mit Abgeordneten der DNVP und der KPD, der Aufstellung und Beibehaltung der randalierenden NS-Hilfspolizei (sie wurde schließlich auf Druck der Reichsregierung aufgelöst); dem Hissen der Hakenkreuzfahne auf dem Rathaus am Tage der Machtübernahme Böhmckers sowie bei sonstigen feierlichen Anlässen; und der Absicht der Nationalsozialisten, Straßen oder Plätze nach Radke und anderen „nationalen" Helden umzubenennen. Die Sozialdemokratie unterstützte deutschnationale Beamten, die wegen ihrer sturen Weigerung, illegale Maßnahmen der NSDAP durchzuführen, dienstentfernt werden sollten – in den meisten Fällen allerdings vergeblich. Die gesamte SPD-Presse sparte nicht an Spott über das tolpatschige Vorgehen der nationalsozialistischen Regierung Eutins *(„Deutschlands Narrenhaus")* oder über die persönlichen Unzulänglichkeiten und Schwierigkeiten prominenter Hitleranhänger, wie des häufig betrunkenen Böhmckers und des Kreisleiters Dr. Saalfeldt, der wegen seiner angeblichen jüdischen Vorfahren zeitweilig aus seiner Partei ausgestoßen wurde. (Überschrift der „Volkszeitung": *„Nazi-Saalfeldt in Eutin ist Judenstämmling – Ist das nicht, um auf die Stammbäume zu klettern?"*)[60] Und als Sozialdemokraten nach längerem Zögern sich doch entschlossen, in dem von der Regierung des Landesteils emsig geförderten „Freiwilligen Arbeitsdienst" mitzuwirken, kam es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen widerspenstigen Reichsbannerangehörigen und den auf ihre politische Bekehrung ausgerichteten NS-Behörden.

Die Antwort der Eutiner Nationalsozialisten auf diese hart-

S. 186–190; und Stokes, Kleinstadt, S. 251, 257 f., 261, 263, 267–272, 279, 282, 307, 310 ff., 314, 316. Bei der Abstimmung zum Landtag mußte auf Verlangen der Nationalsozialisten die SPD sogar beweisen, daß alle auf ihrem Wahlvorschlag stehenden Unterschriften legitim seien (auch dieses ein Einschüchterungsversuch!), was ihr auch mühelos gelang. LAS, RE/A IV 2.

[58] VZ, 21. 7., 10. 8, 16. und 21. 9. 1932; LVB, 23. 7., 1. und 2. 8., 17. 9. 1932; LAS, 355/132–134; und Stokes, Kleinstadt, S. 330–332.

[59] Siehe LAS, 309/22700 und 22721; ebenda, Abt. 301, Nr. 4570; ebenda, RE/A XVc 2, Schreiben von der Staatsanwaltschaft in Lübeck an die Eutiner Regierung und Bericht der städtischen Polizei, 12. und 20. 8. 1932; ebenda, RE/A Va 1, Bericht der Gendarmeriestelle Malente, 14. 8. 1932; SAE, Nr. 2480 und 2482, Berichte des Bürgermeisters, 15., 29. und 31. 8., 8. und 28. 9. 1932; ebenda, Nr. 3168, Protokolle der Sitzungen des Stadtrats am 17. 8. und 4. 10. 1932; LVB, 5., 6., 11., 12. und 31. 8., 2. 12. 1932, 13. 1. 1933; AFL, 12., 13. und 21. 8. 1932; VZ, 12. 8. 1932 (mit Abbildungen des verwüsteten Innenraumes der Abgabestelle); und Stokes, Kleinstadt, S. 318, 340–344. Als ein Eutiner Polizist im Auftrage des Bürgermeisters und mit Unterstützung aus Preußen Anfang November 1932 zu der Festnahme der vermeintlichen Bombenleger schritt, suspendierte Regierungspräsident Böhmcker ihn sowie Stoffregen kurzerhand vom Dienst. Ebenda, S. 341 f., 351, 353–356, 360–361; und derselbe, „Fall Stoffregen", S. 261 ff., 268.

[60] LAS, Abt. 384/SPD, Nr. 1 Rundschreiben der SPD-Bezirksleitung in Kiel an alle Ortsvereine Schleswig-Holsteins, 17. 6., 5. und 6. 7., 23. 9., 8., 14., 19., 21. und 26. 10. 1932; SAE, Nr. 3238; NStAO, 136/459; AFL, 15. 7. und 11. 11. 1932; LVB, 18. 7., 17., 23. und 29. 8., 3., 4. und 7. 11. 1932; VZ, 13. und 18. 8., 19. 10., 3., 8., 10. und 28. 11., 1. 12. 1932, 5. 1. 1933; Vorwärts und Das Freie Wort, beide Berlin, 19. bzw. 28. 8. 1932; Stokes, „Professionals", S. 475–476; und derselbe, Kleinstadt, S. 320 f., 324 ff., 366. Sozialdemokratische Bemerkungen zum Falle des *„kleinen Halbjuden"* Saalfeldt (z. B. LVB, 22. 5. 1931) grenzten mitunter hart an Antisemitismus.

linke Seite: Flugblatt „Schlagt Hitler!" der SPD zur Reichspräsidentenwahl am 13. März 1932 (Stadtarchiv Eutin, Akte Nr. 3238)

näckige Opposition der SPD fiel zunehmend schwächer aus, wie Schmierereien auf dem zu Ehren des verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert aufgestellten Gedächtnisstein und ähnliche Streiche bezeugten. Zweifelsohne verhinderte das ebenso unnachgiebige Verhalten der Deutschnationalen im Landesteil Lübeck sowie das Vorhandensein eines immer noch nichtnationalsozialistischen Kabinetts in Berlin die Anwendung brutalerer Mittel. Gerade jene Lage zu ändern, wurde das Ziel der NSDAP in den beiden Reichstagswahlen vom Juli und November 1932. Die offensichtlichen Mängel und die autoritäre Politik des NS-Regimes und seiner Führer in Eutin – nicht zuletzt von der Sozialdemokratie an den Pranger gestellt – vereitelten jedoch diesen Ehrgeiz; die SPD schien sogar ihren seit 1929/30 zu beobachtenden Abstieg in der Gunst der Wählerschaft wenigstens stabilisiert zu haben.[61] Aber leider drang die dort gewonnene Einsicht in die Gefährlichkeit einer Hitlerdiktatur nicht ausreichend zu anderen Teilen Deutschlands durch.

Die nationalsozialistische Alleinherrschaft über Eutin (und Oldenburg) wurde in der Tat nur dank Hitlers Einsetzung als Reichskanzler vor dem sicheren Zusammenbruch bewahrt, ein vollkommen unerwartetes Ereignis, das die örtliche SA-Kapelle mit einem improvisierten Ständchen vor dem Stammlokal der Sozialdemokratie triumphierend beging. Nun hieß es, den unüberschätzbaren Vorteil als Mitinhaber der Regierungsgewalt in Berlin schnellstens und gnadenlos auszunutzen. Im Landesteil Lübeck erkannten die Nationalsozialisten neben Anhängern der KPD sowohl Sozialdemokraten als auch Deutschnationale, ihre Koalitionspartner auf Reichsebene, als die Haupthindernisse zur uneingeschränkten Machtausübung an. Während die beiden anderen Parteien sich aber gegen die Gleichschaltungsabsichten der NSDAP anfangs mit mehr oder minder Erfolg wehrten und dabei ihre endgültige Niederlage wenigstens hinausschoben, entschloß sich die Eutiner SPD, den – zugegeben: ungleichen – Kampf gar nicht richtig aufzunehmen. Diese frühzeitige Kapitulation bahnte sich bereits im Verlauf der Reichstagswahl vom 5. März 1933 an. Wiederum teils aus finanziellen Gründen, teils wegen tatsächlicher oder angedrohter Verfolgungsmaßnahmen (u. a. Ausschaltung sozialdemokratischer Zeitungen und Beschlagnahme von Flugblättern) hielt die Partei lediglich eine einzige geschlossene Versammlung in der Stadt ab. Sonst war sie peinlich darauf bedacht, der Polizeibehörde keinen Anlaß zu irgendwelcher weiterreichenden Diskriminierung zu liefern, und führte deshalb ihre Agitation hauptsächlich in der Form von Mundpropaganda durch. Trotz Vorwürfen seitens der Hitlerpartei, die Sozialdemokratie beabsichtige, die Wahlhandlung durch die Beseitigung der Verzeichnisse von Stimmberechtigten zu sabotieren, schnitt die SPD in dieser letzten noch halbfreien Volksbefragung verhältnismäßig gut in Eutin ab: Vor allem der überwiegend von Arbeitern bewohnte dritte Wahlbezirk der Stadt half, einer nationalsozialistischen Mehrheit (knapp) zu entgehen.[62]

[61] LVB, 2. 12. 1931, 2., 4. und 5. 8., 2., 3. und 9. 11. 1932; AFL, 8. und 9. 7., 12. 10., 11. 12. 1932; VZ, 11. und 13. 10. 1932; SAE, Nr. 3237, Bericht der städtischen Polizei über „Wahlpropaganda", 1. 2. 1933; Peter Wulf, „Ernst Oberfohren und die DNVP am Ende der Weimarer Republik", in: derselbe und Hoffmann (Hrsg.), „Wir bauen das Reich", S. 176–178; und Stokes, Kleinstadt, S. 320, 322. Der Anteil der am 6. November für die NSDAP in Eutin abgegebenen Stimmen lag deutlich unter der von der SPD und der DNVP zusammen erzielten Proportion (= 48,77 %). Ebenda, S. 24.

[62] VZ, 1. 2. 1933; LAS, 384/SPD, Nr. 1, Rundschreiben der SPD-Bezirksleitung in Kiel an alle Ortsvereine Schleswig-Holsteins, 14. 2. und 3. 3. 1933; ebenda, RE/A Va 31, Erlaß des Innenministeriums in Oldenburg betr. Beschlagnahme des SPD-Flugblatts „Die letzte große Wahllüge der Nazi", 5. 3. 1933; SAE, Nr. 1674; LVB, 21., 24. und 28. 2. 1933; und Stokes, Kleinstadt, S. 371, 385 f. Im dritten Wahlbezirk erhielt die SPD über die Hälfte ihrer Stimmen in Eutin. Siehe ebenda, S. 23; und LAS, RE/A IV 10.

Ministerium des Jnnern.

Oldenburg, den 3. März 1933.

Regierung in Eutin
Eing.: 4. MRZ 1933
15 Uhr

II 2931.

Nach einer durch Funkspruch verbreiteten Nachricht des Preußischen Jnnenministers will sicherem Vernehmen nach SPD.Wahlsabotage treiben durch Nichtteilnahme am Wahlvorstand oder Beseitigung der Wählerverzeichnisse. Es ist zu veranlassen, daß in den Wahllokalen bei Beginn der Wahl ausreichend Ersatzleute für Mitglieder des Wahlvorstandes bei Ausfall sozialdemokratischer Beisitzer vorhanden sind und daß zuverlässige Ersatzleute für sozialdemokratische Wahlvorsteher bereitstehen. Ferner sind die Wählerverzeichnisse, soweit sie sozialdemokratischen Wahlvorstehern bereits behändigt sind, sofort in polizeiliche Verwahrung zu nehmen und dem amtierenden Wahlvorsteher rechtzeitig vor Beginn der Wahl unmittelbar auszuhändigen.

J.V.

Durch Eilboten! gez. Dr. Lankenau.

An

die Regierungen,
die Ämter und
die Stadtmagistrate der
Städte L. Klasse

OLDENBURGISCHES STAATSMINISTERIUM KANZLEI

Beglaubigt

Verwaltungssekretär.

Für die nächsten dreizehn Jahre sollten die Sozialdemokraten Eutins keine weitere Befriedigung erleben. Als der Stadtmagistrat kurz nach der Wahl zusammentraf, verließ das SPD-Mitglied sofort den Raum: die Nationalsozialisten hatten den Verhandlungstisch mit einer Hakenkreuzflagge bedeckt, um ihren Sieg bei der Abstimmung zu demonstrieren. Da der – nunmehr zum Rang eines „Staatskommissars" für die Stadt erhobene – nationalsozialistische Stellvertreter des inzwischen aus dem Amt entfernten Bürgermeisters sich rechtswidrig weigerte, einen von der Sozialdemokratie ernannten Nachfolger

Verfügung des Ministeriums des Innern, Oldenburg, betr. SPD-Wahlsabotage nach der nationalsozialistischen Machtübernahme, 3. März 1933 (Landesarchiv Schleswig-Holstein, Akten der Regierung in Eutin, A IV 10 – alte Signatur)

als Ratsherrn *„auf Grund seiner staatsfeindlichen Gesinnung"* zu bestätigen, schieden die Vertreter der Partei ebenfalls auf eigenen Wunsch aus dem Stadtrat aus; sie wurden sämtlich von Anhängern der NSDAP ersetzt. Auf diese Weise befand sich der Nationalsozialismus in Eutin ohne jegliche Opposition seitens der Arbeiterbewegung gegen seine Entscheidungen im Parlament, und zwar einen Monat bevor das Kabinett in Oldenburg die Entlassung aller Sozialdemokraten aus den gewählten Körperschaften des Landes anordnete. Dasselbe Schicksal ereilte ihre Genossen, die bisher viele Ehrenämter bei Kommissionen und Wohlfahrtseinrichtungen innehatten oder als Arbeitervertreter den Betriebsräten in Fabriken und Büros angehörten; Nationalsozialisten übernahmen auch diese Stellen. Zu guter Letzt verloren mindestens sieben sozialdemokratische Staatsbedienstete im Landesteil Lübeck als „politisch unzuverlässig" ihre Posten: der eine hatte Informationen über Konzentrationslagerhäftlinge an die SPD weitergeleitet; ein anderer (der 1918/19 ursprünglich als Abgesandter des Eutiner Arbeiter- und Soldatenrats in die Verwaltung eingetreten war), weil er Fahnen des Reichsbanners in seiner Wohnung aufbewahrte, um ihre Einziehung durch die Polizei zu verhindern; und alle Mitarbeiter der Krankenkassen (von der NSDAP als Horte der Sozialdemokratie verschrien) liefen Gefahr, ihre Plätze einzubüßen. Sogar Pensionären, die der SPD treu bleiben wollten, wurde mit der Kürzung ihrer Ruhestandsbezüge gedroht.[63]

Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund
Ortsausschuß Eutin
Die Mitglieder der freien Gewerkschaften werden aufgefordert, an den Feiern des Tages der nationalen Arbeit teilzunehmen. Aufstellung zum Festzug bei den einzelnen Berufen. Arbeitslose Stempelkarte mitbringen.
Der Vorstand.
Fr. Wetzel. C. Ullrich.

Anzeige des ADGB Ortsausschusses Eutin betr. Feier des „Tages der nationalen Arbeit" – aus: AFL, 30. April 1933 (Kreisbibliothek Eutin)

Die NSDAP war jedoch mitnichten zufrieden, nur das öffentliche Leben Deutschlands von Sozialdemokraten zu säubern. Die ganze Struktur der Sozialdemokratie mit ihren vielen Neben- und Hilfsorganisationen fiel der nationalsozialistischen Zerstörung oder Übernahme zum Opfer. In Eutin löste die Regierung per Erlaß die mit der SPD verbundenen Turn-, Gesang- und Radfahr-Vereine, den Reichsbanner-Männerchor sowie den Arbeiter-Samariterbund auf; ihr Besitz wurde entweder beschlagnahmt oder an „bürgerliche" bzw. nationalsozialistische Einrichtungen mit ähnlichen Funktionen, wie das Rote Kreuz, ausgehändigt. Durch die Eingliederung der Mitgliedschaft und des Vermögens des SPD-nahen „Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen" erreichte die parallele NS-Organisation eine Ver-

[63] SAE, Nr. 3168; LAS, RE/A Va 32. II; NStAO, 136/451 und 134/1210; und Stokes, Kleinstadt, S. 372, 375, 393ff., 397ff., 473ff., 521. Ein weiterer Grund für das „freiwillige" Ausscheiden der sozialdemokratischen Mitglieder aus dem Eutiner Stadtrat war die gemeinsame Ablehnung seiner nationalsozialistischen und deutschnationalen Angehörigen, der SPD als zweitstärkster Fraktion den nach parlamentarischem Gebrauch zustehenden Posten des stellvertretenden Vorsitzenden zu überlassen.

doppelung ihrer Stärke. Erheblich umstrittener gestaltete sich die Gleichschaltung des Konsumvereins im Landesteil Lübeck – dessen Lastautos, bemerkte Böhmcker, Reichsbannermitglieder zu Gefechten mit seiner SA-Truppe befördert hatten – zu einer Zeit, als mittelständische Strömungen innerhalb der NSDAP für die restlose Eliminierung dieses wirtschaftlichen Rivalen plädierten. Da aber zu viele „Arbeiter-Groschen" im Genossenschaftswesen investiert waren, um es einfach abzuschaffen, entschied sich der Regierungspräsident nach langwierigen Verhandlungen mit der neuen Leitung des Konsumvereins, ihn unter NS-Kontrolle weiter am Leben zu lassen, vorausgesetzt, er stelle dem „Winterhilfswerk" der Partei einen angemessenen Beitrag von Bargeld und Lebensmitteln zur Verfügung. Die Frage der Zukunft der Freien Gewerkschaften erledigte das Regime noch reibungsloser: Nachdem das Eutiner Gewerkschaftskartell dem Beispiel ihres Dachverbandes gefolgt war und zur Teilnahme seiner Angehörigen an den Feierlichkeiten des von den Nationalsozialisten umgedeuteten 1. Mai ausgerufen hatte, begann am nächsten Tag die „Deutsche Arbeitsfront" ihre Tätigkeit. (Ein Büro der anderswo bereits konkurrierenden „Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation" wurde erst im Mai 1933 in der Stadt eröffnet, ein weiterer Beweis für die Loyalität der örtlichen Arbeiterschaft zur Sozialdemokratie.)[64]

Nun war das Tragen jeglicher Art sozialdemokratischer Abzeichen sowie das Hissen der Fahnen des Reichsbanners und der „Eisernen Front" verboten; die schwarz-rot-goldenen Farben der Republik wurden in Eutin öffentich verbrannt; der Ebert-Gedenkstein verschwand spurlos im See; und die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" sowie der „Lübecker Volksbote" stellten ihr Erscheinen ein bzw. wurden in ein NS-Blatt umgewandelt. Es blieb nur, die Sozialdemokratie selbst loszuwerden. Die Krise innerhalb der Eutiner Arbeiterbewegung, die sich im Frühjahr 1931 bemerkbar machte und nach der Tötung Radkes verstärkte, erreichte während der ersten Periode der NS-Herrschaft in der Stadt ihren Höhepunkt. Jüngere Anhänger, mit Adolf Buhrke als ihrem Wortführer, waren mit der überwiegend defensiven Einstellung der Partei ihren Feinden gegenüber nicht zufrieden; er ging aber Mitte 1932 als Jugendpfleger nach Hamburg, und damit schien der Antrieb, die politische Marschroute zu ändern, abgenommen zu haben. Vielleicht wäre es sowieso zu spät gewesen, die Entwicklung entscheidend zu beeinflussen. Jedenfalls wurden nach der Reichstagswahl vom 5. März Beiträge und Mitgliedslisten der SPD und des Reichsbanners zum Aufbewahren nach Kiel überführt; dort gingen sie jedoch in der Nacht zum 14. März beim Sturm des Gewerkschaftshauses durch die SA verloren. In der Zwischenzeit hatten, nach der Darstellung Paul Hensels, sowohl Partei als auch Schutzformation, da ihre Bankkonten fast leer waren, ohne viel Aufhebens ihre Arbeit eingestellt. Regelmäßige Durchsuchungen der Wohnungen von Angehörigen beider Organisationen sowie der Räumlichkeiten des Konsumvereins durch die Polizei, brachten auch keine nennenswerten

[64] AFL, 30. 4. und 15. 7. 1933 (Erlaß des Innenministers in Oldenburg über die Auflösung aller der Sozialdemokratie angeschlossenen Vereine); LAS, RE/A IXa 9, Schreiben von dem Beauftragten der Deutschen Arbeiterfront beim Konsumverein für Lübeck und Umgegend an Regierungspräsident Böhmcker, 13. 10. 1933; ebenda, Abt. 260, Nr. 1704, S. 421, Regierungskonto „Beschlagnahmte Parteigelder"; ebenda, 309/22720, „Nachweisung über beschlagnahmtes Vermögen staatsfeindlicher Organisationen und Einzelpersonen". 16. 8. 1937; und Stokes, Kleinstadt, S. 372f., 379, 410f., 445f., 462–467.

Mengen an Propagandamaterial ans Tageslicht.[65] Die Sozialdemokratie hatte also in Eutin praktisch längst aufgehört zu funktionieren, bevor sie am 22. Juni 1933 als *„volks- und staatsfeindliche Partei"* reichsweit verboten wurde.

Der schlichte Abgang der Eutiner SPD schonte weder einige ihrer Mitglieder noch ihre Führer vor Verfolgungen durch das NS-Regime. Schon während des letzten Wahlkampfes griffen nationalsozialistische Redner und Anzeigen Sozialdemokraten und Kommunisten zugleich als eine *„Mordpest"* von *„roten Landesverrätern"* an, mit denen nach dem 5. März in dem Vaterland *„aufgeräumt werden"* sollte:

„Dann mögen sie ihre Versammlungslokale in die Zuchthäuser verlegen. ... In dem nationalsozialistischen Deutschland werde das marxistische, internationale Gift rücksichtslos beseitigt werden."

Neben der polizeilichen Überwachung aller verdächtigen Zusammenkünfte sowie, im Falle des Gewerkschaftsvorsitzenden Ullrich, der mutwilligen Entfernung der in seinem Hause untergebrachten Bibliothek seines Verbands, nahm die neue Sozialistenverfolgung in der Regel die Form der „Schutzhaft" an, d. h. die Einweisung für eine unbestimmte Zeit in das von Böhmcker im Amtsgerichtsgefängnis von Eutin und später an verschiedenen Orten des Landesteils errichtete Konzentrationslager. (Zu den einstigen Sitzen des KZ zählte ein bisher vom Reichsbanner bemanntes Lager des „Freiwilligen Arbeitsdienstes" in Holstendorf bei Ahrensbök; es wurde geschlossen und sein Führer in „Schutzhaft" genommen wegen nationalsozialistischfeindlicher Demonstrationen.)[66]

Die ersten auf diese Weise verhafteten und eingekerkerten Sozialdemokraten waren Abgeordnete des Oldenburger Landtags (Karl Fick) und des Landesausschusses, zusammen mit unteren Funktionären, die irgendwie mit der NSDAP in Konflikt geraten waren; beispielsweise weil sie vor 1933 die Hitlerbewegung und ihre Vertreter zu scharf kritisiert hatten, oder – wie Hensel – aufgrund von erdichteten Beschuldigungen der Korruption im Amte bei ihren Kameraden in üblen Ruf gebracht werden sollten. Hinzu kamen eine Handvoll einfacher Parteianhänger, die ihre Unzufriedenheit mit den NS-Machthabern unterschiedlich zum Ausdruck gebracht hatten. Alle zusammengerechnet gehörten rund 50 SPD-, Reichsbanner- und Gewerkschaftsmitglieder zu den 350 Personen aus dem Landesteil Lübeck, die zwischen März 1933 und Anfang 1934 aus „politischen" Gründen festgenommen wurden. Begleitet von Kommunisten und sonstigen Häftlingen arbeiteten sie bei der Kultivierung von Moorgelände in der Nähe Eutins, beim Straßenbau und in einer Kiesgrube; einige mußten sogar Häuserwände und Litfaßsäulen der Stadt von SPD-Wahlplakaten reinigen. Diese Gruppe von Sozialdemokraten mißhandelte man meistens nicht; sie kamen nach einigen Wochen oder Monaten wieder frei; und sie blieben danach jahrelang unbehelligt, auch wenn sie (Hensel zum Beispiel) ihre Arbeitsstelle in Eutin aufgeben und auswärts eine neue Beschäftigung suchen mußten.[67]

[65] AFL, 16. 3. und 25. 6. 1933; SAE, Nr. 3168, Protokoll der Sitzung des Stadtmagistrats am 13. 4. 1933; ebenda, Nr. 3482, Berichte der städtischen Polizei, 17. und 30. 11. 1933; LAS, RE/A Va 32.1, Vermerk von Regierungspräsident Böhmcker, 27. 5. 1933; NStAO, 136/2875, Abschlußbericht der Regierung in Eutin an den oldenburgischen Innenminister über die Beschlagnahme von SPD-Bankkonten und -Gegenständen, 1. 8. 1933; Reichsgesetzblatt, Teil I (1933), S. 83; Interview mit Adolf Buhrke, 21. 1. 1975; Osterroth, 100 Jahre Sozialdemokratie, S. 108; und Stokes, Kleinstadt, S. 367, 373, 400f., 451–454. Die Behauptung Buhrkes, Hensel sei 1932 oder Anfang 1933 als Vorsitzender des SPD-Ortsvereins herausgedrängt worden, wie früher Leiboldt von der Reichsbannerleitung abgesetzt wurde, ist weder von anderen Zeugen noch in den spärlich erhaltenen Quellen bestätigt.

[66] AFL, 25., 26. und 28. 2., 1., 2., 5. und 7. 3. 1933; und Interviews mit Werner Lucau und Walter Ullrich, Eutin, 11. und 30. 5. 1984; siehe auch meine Abhandlung „Das Eutiner Schutzhaftlager 1933/34. Zur Geschichte eines ‚wilden' Konzentrationslagers", in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 27 (1979), S. 570–625, sowie die im Kapitel 4 meines Buches nachgedruckten Dokumente. Die gestohlenen Bücher gehörten möglicherweise zu denen, die am 24. Juni 1933 beim „Fest der Jugend" in Eutin öffentlich verbrannt wurden. Ebenda, S. 448ff.

[67] LAS, 355/265–267, Gefangenen-Verzeichnisse des Eutiner Amtsgerichtsgefängnisses, 1930–1935; SAE, Nr. 1752, Heft über „Polizeihaft" in Eutin. 1924–1939; AFL, 31. 3., 30. 4. und 20. 9. 1933; LVB, 31. 3. 1933; Nachlaß von Paul Hensel (dem Verfasser von seinem Sohn Gerhard H., Lübeck, freundlichst zur Verfügung gestellt); und Stokes, Kleinstadt, S. 521ff., 528, 547, 567 (Zusammenstellung betr. „politische" Inhaftierungen im Landesteil Lübeck, Februar 1933 bis April 1934). Hensel verbrachte im Herbst 1944 drei Wochen im KZ Neuengamme; anders als seine dort gleichzeitig inhaftierten Parteigenossen Karl Ullrich und Karl Fick überlebte er das „Dritte Reich". Ebenda, S. 978f.

Das Schicksal von Angehörigen des Reichsbanners, die im Zusammenhang mit der Tötung Karl Radkes in Haft genommen wurden, verlief gewöhnlich viel härter. Es fing häufig mit dem Verrat an die NSDAP seitens ihrer früheren Kampfgenossen an, die inzwischen das politische Bekenntnis gewechselt hatten, oder aber dabei hofften, selber eine Bestrafung im KZ zu vermeiden. Die dem Verbrechen direkt Verdächtigten schlug der Lagerkommandant mit äußerster Brutalität zusammen, bis er aus ihnen das erwünschte „Geständnis" herausgepreßt hatte. In dem anschließenden Prozeß vor dem Lübecker Landgericht bekam der Melker Ernst Lühr eine Strafe von zehn Jahren, die er in Zuchthäusern, Gefangenenlagern und Gefängnissen voll absaß; an seiner Schuld zweifelte man nach 1945 jedoch erheblich. Ernst Leiboldt und Adolf Buhrke kostete eine lange Inhaftierung 1933/34 die Arbeitsstätten – der eine blieb für immer zutiefst verbittert, der andere auf Jahre hinaus verarmt. Lediglich Karl Broschko kam diesmal mit einer Geldbuße glimpflich davon.[68]

Der Zweck dieser Unterdrückungsmaßnahmen – nämlich: gleich am Anfang des „Dritten Reiches" das Aufziehen einer förmlichen Widerstandsbewegung unter einstigen Sozialdemokraten im Keime zu ersticken – geriet in Eutin, wie anderswo auch, zu einem Erfolg. Für die SPD war die Zeit der offenen Opposition gegen den Nationalsozialismus vorbei.

Die Rolle der Sozialdemokratie beim Aufstieg des Nationalsozialismus in Eutin war weder entscheidend noch nebensächlich. Das heißt, daß die NSDAP schon 1932 dort nicht in erster Linie aufgrund der Politik der örtlichen SPD an die Macht gelangte. Vielmehr zog die Hitlerbewegung Bevölkerungsgruppen – vornehmlich aus dem Bürgertum und Kleinbürgertum – an sich, die die Eutiner Sozialdemokratie zwar als Wähler ihrer Partei zu gewinnen angefangen hatte, die aber noch nicht zum festen Bestandteil der SPD-Anhängerschaft gerechnet werden konnten. Dafür wäre ein Übergang der Gesamtpartei von einer Klassen- zur Volkspartei, wie dies nach 1945 geschah, bereits während der Weimarer Republik notwendig gewesen. Eine Umwandlung dieser Tragweite zu vollbringen, lag jedoch außerhalb der Fähigkeit eines Ortsvereins. Eine Mehrheit unter den Stimmberechtigten zu erreichen, war also praktisch für den demokratischen Sozialismus im Eutin der 1920er Jahre unmöglich. Auch eine Regierungskoalition mit dem Katholischen Zentrum zu bilden, wie in Preußen, oder gar mit Kommunisten effektiv zu kooperieren, scheiterte allein an den konfessionellen bzw. ökonomischen Gegebenheiten der Stadt, ganz abgesehen von den unterschiedlichen ideologischen und sonstigen Positionen von SPD und KPD. Insoweit stellte die Deutschnationale Volkspartei den eigentlichen Kontrahenten für die NSDAP Eutins dar: Diese löste die weniger resoluten Deutschnationalen als Alternative zur Sozialdemokratie ab. Letztere entschloß sich, angesichts der offensichtlichen Diktaturbestrebungen der Nationalsozialisten, dem frühzeitig auf Ortsebene zu erwartenden Ausgang der Entwicklung nicht nur mit den herkömmlichen agitatorischen Mitteln der

[68] AFL, 12. 3. und 25. 8. 1933; LAS, 355/266, Nr. 119; ebenda, 352/463, Aussage von Ferdinand W., 24. 8. 1933; SAE, Nr. 3482, Verhör von Wilhelm H. und Walter O., 25. 8. und 12. 9. 1933; Interviews mit Frau Anny Trapp und Otto Erbs, Eutin, 9. und 30. 5. 1984; Stokes, Kleinstadt, S. 460, 515f., 550–554, 847; und derselbe, „Fall Radke", S. 67–72. Nach Kriegsende verurteilte ein deutsches Gericht den Kommandanten zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit"; Ernst Lühr behauptete bis zu seinem Tode 1948, mit dem Verbrechen an Radke *„nichts zu tun"* gehabt zu haben. Ebenda.

SPD entgegenzutreten, sondern abweichend von den Absichten der höheren Parteiführung auch Gewaltmaßnahmen anzuwenden. Damit begab sich die SPD auf ein Gebiet, wo sie die NSDAP niemals übertreffen konnte; das zeigte die lebensgefährliche Niederknüppelung von Karl Broschko im Anschluß an die „Große Saalschlacht". Eine solche Politik des kalkulierten Bürgerkriegs zu betreiben, widersprach der humanitären Tradition und gemäßigten Mentalität von Sozialdemokraten und war deshalb von vornherein zum Scheitern verurteilt. Sie verursachte außerdem eine Entfremdung zwischen staatlichen Ordnungskräften und Arbeiterbewegung, die erst recht nach der Tötung von Karl Radke die für die SPD unerläßliche Unterstützung der Polizeibehörden bei der Zügelung des Faschismus endgültig verspielte. Die Sozialdemokratie befand sich in einem auswegslosen Dilemma, nicht nur in Eutin: Einerseits sah sie spätestens ab 1932 einer sicheren und höchstwahrscheinlich vernichtenden Niederlage entgegen, wenn sie den Nationalsozialisten nicht mit äußerster Rücksichtslosigkeit begegnete. Sie besaß aber andererseits keineswegs die nötige Härte, einen derartigen allumfassenden Kampf – wie die NSDAP das politische Geschäft eigentlich verstand – bis zum Erfolge durchzustehen. Diese unüberwindlichen Grenzen der SPD als wirksames Gegengewicht zur NSDAP anzuerkennen, bedeutet, der deutschen Arbeiterschaft und ihren damaligen Führern nicht allein die Unterlassungen vom Juli 1932 oder Januar 1933 vorzuwerfen. Der Kern des Problems war eher die fehlende Bereitschaft, nach der Revolution von 1918/19 die gesellschaftliche Grundlage der Partei ständig zu erweitern. Kein Gewaltakt konnte diesen Fehler wieder wettmachen; das war die Lehre von Eutin.